Nr. 216 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. — Mittwoch, den 21. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Pressedekret abgelehnt?

Die ersten Arbeiten des Sejms — Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung — Eine Interpellation über das Verschwinden Zagorskis — Um die Sicherheit politischer Persönlichkeiten

Warschau. Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr trat der Sejm zu seiner außerordentlichen Tagung zusammen. Die Abgeordneten waren fast vollzählig vertreten und auch das Publikum nahm einen regen Anteil an den Verhandlungen. Nach den Gesprächen in den Sejmräumen erwartet man die Ueberraschung erst bei der Behandlung des Antrages zur Abänderung des Artikel 26 der Verfassung. Pilsudski ist inzwischen nach Warschau zurückgekehrt, woraus gefolgert wird, daß auch diesem Sejm das Schicksal der Heimschickung ohne Auflösung beschieden sein wird. Der Sejmmarschall Rataj eröffnete die Sitzung mit Verlesung des Schließungsdekrets und des Einberufungsschreibens der neuen außerordentlichen Sejmsession, wobei er auf seine Verhandlungen mit der Regierung hinwies, die durch ihr Vorhaben die Arbeiten des Parlaments unmöglich mache. Der P. P. S.-Abgeordnete Niedzialkowski beantragt die Erklärung des Sejmmarschalls zur Kenntnis zu nehmen, worauf man in die Behandlung des Pressedekrets eintritt.

Die Ablehnung wird durch den bekannten politischen Rechtsanwalt Dr. Liebermann (P. P. S.) begründet, der darauf hinweist, daß die obersten Grundsätze der Verfassung das Parlament und die Presse seien. Gegen die Gewalt könne sich der Sejm nicht wehren, die ihm diktiert wird. Aber wenn die Verfassung geachtet werden soll, so ist die Freiheit der Presse das dringendste Erfordernis. Als ein Zwischenruf erfolgt, daß der Sejm wieder geschlossen wird, erwidert der Redner, daß sich dagegen das Parlament nicht wehren könne. Schließlich brachte er eine Resolution ein, die die Ablehnung des Pressedekrets fordert. Der Sejm nahm diesen Antrag der Rechtskommission in erster Lesung an, was einer Ablehnung des Pressedekrets gleichkommt.

Hierauf brachten die Abgeordneten Balin (Unabhängige Bauernpartei), Chrucki und Makowka (Ukrainer) einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pilsudski ein und forderten sofortige Behandlung, was vom Vizemarschall Daszynski abgelehnt wurde, mit dem Hinweis, daß ein solcher Antrag erst in der nächsten Sitzung behandelt werden könne.

Die Rechtsparteien brachten eine Interpellation ein, die von der Regierung Aufklärung im Falle Zagorski fordert und weiter eine Anfrage an die Regierung stellt, was sie zu tun gedenke, um die Sicherheit herzustellen, weil eine Reihe von politischen Persönlichkeiten und Redakteuren überfallen wurden, ohne daß die Täter ermittelt werden können.

Nach Erledigung einiger Formalitäten wurde die erste Sitzung ohne besondere Zwischenfälle geschlossen.

Der polnische Antrag vom Abrüstungsausschuß angenommen

Genf. Der Abrüstungsausschuß der Vollversammlung nahm Montag auf Antrag des Grafen Bernstorff den von der polnischen Regierung in der Vollversammlung eingebrachten Entschließungsantrag ohne Debatte einstimmig an, und zwar in der von den Juristen im Laufe der vorigen Woche ausgearbeiteten Form. Der polnische Resolutionsantrag, der nunmehr der Vollversammlung zugehen wird, erklärt bekanntlich, daß jeder Angriffskrieg verboten ist und bleibt, und daß im Falle internationaler Konflikte alle friedlichen Mittel zur Beilegung angewandt werden sollen. Die Kommission beschloß ferner die Einsetzung eines 14gliedrigen Unterausschusses, dem der Resolutionsantrag von Paul Boncour zur Prüfung überwiesen wird. Dem Ausschuß gehören Graf Bernstorff und Paul Boncour an.

Graf Skrzynski gegen die polnische Politik in Genf

Genf. Der frühere polnische Außenminister Graf Skrzynski übt im „Kurjer Poranny“, wie die Abendblätter aus Warschau melden, scharfe Kritik an der Genfer Initiative der polnischen Diplomatie in Genf, die er unklar und nicht durchdacht nennt. Politisch seien sich die verantwortlichen Männer der polnischen Diplomatie wohl nicht klar gewesen, ob sie eine allgemeine neue Friedensgarantie vorschlagen sollen oder nur eine Ergänzung der bisherigen polnischen Grenzsicherung. Die Einmütigkeit der Locarnomächte am Ausgang der Genfer Debatte sei jedenfalls kein Erfolg des polnischen Vorstoßes. Daran sei durchaus nicht irgend eine angebliche deutsche Hetze schuld, sondern die eigene Methode Polens. Skrzynski schließt seine Ausführungen mit einer Verteidigung des Locarnopaktes, der die größte Annäherung zwischen England und Polen gebracht habe. Eine unüberlegte Handlung Polens könne England nur wieder von diesem Standpunkt entfernen. Polen sei auf enge Zusammenarbeit mit Frankreich und England und auf Verständigung zwischen den Locarnomächten angewiesen. Locarno habe zwar die deutsch-polnischen Gegensätze nicht aus der Welt geschaffen, es habe aber den Boden bereitet, auf dem dieser Gegensatz am besten gelöst werden könnte. Und dieser Boden dürfe nicht ohne große Gefahr für den Frieden Polens erschüttert werden.

Das irische Wahlergebnis

London. Nach den letzten Zählungen für die irischen Landtagswahlen ist der Stand der Parteien nunmehr folgender:

Partei	Mandate
Regierung	48
de Valera	42
Unabhängige	10
Arbeiterpartei	11
Landwirte	4
Nationale Liga	2
Kommunisten	1
zusammen	118,

während die Ergebnisse von 34 Mandaten noch ausstehen. Die Regierung hat unter Einschluß der Unabhängigen und Landwirte bisher eine Stärke von 62 Mandaten gegen 56 von de Valera und den anderen Parteien. Besonders bemerkenswert ist die Niederlage des Führers der Arbeiterpartei, Johnson, der nicht nur als außerordentlich fähiger Führer der Arbeiterpartei galt, sondern bisher auch im irischen politischen Leben allgemein eine erhebliche Rolle spielte. Obwohl die Ergebnisse der 34 noch ausstehenden Mandate von entscheidender Bedeutung sind, glaubt man in politischen Kreisen, daß die Regierung schließlich mit einer, wenn auch kleinen Majorität, aus den Wahlen hervorgehen wird. Man rechnet damit, daß die Regierung etwa 10 Sitze mehr erhalten wird, als die Vereinigte Opposition.

Belgisch-französische Militärallianz?

Paris. Der Brüsseler Vertreter des „Journal de Debats“ will auf Grund von Erkundigungen bei durchaus zuverlässigen Quellen wissen, daß zwischen dem französischen und belgischen Generalstab nunmehr eine völlige Uebereinstimmung über alle gemeinsamen Sicherheitsmaßnahmen erzielt worden sei.

Die belgische Kommission, die damit beauftragt sei, die Anwendung des Verteidigungsbudgets zu prüfen, habe, wie das Komitee Guillaumat in Frankreich Beschlüsse gefaßt, deren erster sich auf die Schaffung eines neuen Regiments Festungsartillerie in Lüttich beziehe. Die Kommission habe weiter beschlossen, das Verteidigungssystem für das belgische Teritorium derart dem französischen System anzupassen, daß die Verteidigungsanlagen in Belgien die Fortsetzung der französischen Verteidigungsanlagen darstellten. Aus derselben Quelle versichert man, der belgische Generalstab wehre sich kategorisch gegen die von den Sozialisten vorgeschlagene Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate.

300 Verhaftungen in Ravenna

Wien. Wie der „Morgen“ aus Mailand meldet, sind in Ravenna im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf mehrere Faschistenführer bis jetzt etwa 300 Personen verhaftet worden. Das Befinden des bei dem Ueberfall verletzten Faschistenführers Morigi hat sich so verschlechtert, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Der verbotene Krieg

Sicherheit und Abrüstung.

„Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten. Alle friedlichen Mittel sollen angewendet werden zur Regelung der zwischen Staaten entstehenden Streitigkeiten, welcher Natur dieselben auch sein mögen. Die Versammlung erklärt, daß für die Mitgliedstaaten die Verpflichtung besteht, diese zwei Prinzipien zu beobachten.“ So lautet der dreimal abgeänderte polnische Antrag, der nunmehr in dieser von den Großmächten gutgeheißenen Fassung in einem Ausschuß der Völkerbundversammlung verhandelt wird. Und darum eine Woche lang Aufregung! Um diese nichtssagende Formel ging der Kampf hinter den Kulissen, drehten sich die Reden in der Vollversammlung. Wahrhaftig, viel Geschrei und wenig Wolle!

In der Tat, zwei Wochen der Völkerbundstagung sind vorüber, die Generaldebatte ist abgeschlossen, der neue Völkerbundsrat gewählt, aber der Eindruck, das Ergebnis ist mehr als dürftig. Es ist wahr, der Völkerbund ist in einer weltpolitischen Lage zusammengetreten, die seiner Arbeit die ungünstigsten Vorzeichen stellte. Immerhin gab es zu Beginn der Tagung so etwas wie eine Ueberraschung: der Vorstoß der kleinen Staaten gegen die Vorherrschaft der Großmächte warf die Frage auf, ob es mit den jetzigen Methoden überhaupt weitergehe. Ein frischer Zug der Auflehnung gegen den schleichenden Druck der alten Diplomatie schien durch den Völkerbundsaal zu wehen. Aber es war nur Strohfeuer, das er anfachte, und nachdem die Fluten der Beredsamkeit, das Oel der Staatskunst auf die Wogen getan wurden, ist alles wieder beruhigt, der Ansturm der kleinen Staaten ist abgewiesen, die Schicksalsfrage des Völkerbundes vertagt und die „gefährlichen“ Anträge sind in die Kommissionen verwiesen. Dort wird es noch ein paar kleine Krisen geben, aber am Ende wird alles gut sein, der Völkerbund wird feierlich erklären, daß der Krieg verboten sei, ja, daß er das schon längst erklärt habe — und geschehen wird nichts.

Allerdings, auch Reden sind, wenn nicht Taten, so doch Tatsachen. Gewiß ist es ein großer, ein nicht zu verkleinernder Fortschritt, daß die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands und Frankreichs vor einer internationalen Körperschaft einander auf der Tribüne folgen, daß die Stimme Hollands oder Norwegens vor der versammelten Gesellschaft der Nationen die Anklage gegen die Großmächte erheben kann: wogegen vor dem Kriege diese „europäischen Gespräche“ nur in geheimen Noten und höchstens durch offizielle Reden in jedem einzelnen Lande geführt werden konnten, worauf dann mit allen Hemmungen der diplomatischen Etikette indirekte Antwort von jenseits der Grenze kam. Aber so groß der Vorteil ist, den das diplomatische Verfahren in Genf an Mündigkeit und Unmittelbarkeit gewonnen hat, so bedeutsam die Tatsache ist, daß solche Reden gehalten werden — was haben die Redner gesagt? — Außer der Ankündigung, daß Deutschland als erste Großmacht die Haager Schiedsgerichtsklausel unterzeichnen, das heißt die bindende Verpflichtung eingehen wolle, bestimmte internationale Rechtsstreite dem internationalen Gericht zu unterbreiten, enthielt die Rede Stresemanns herzlich wenig. Und Briand? Eine wahre Brandrede der Verständigung, ein Feuerwerk des Friedens: aber selbst die wohlwollendsten Zuhörer empfanden, daß er ihnen nichts zu bieten hatte als ein wenig guten Willen und sehr viel schöne Worte.

Jede denkbare Aktion des Völkerbundes aber scheitert gegenwärtig an zwei Tatsachen. Die eine ist — wie sich gerade an den Streit um den polnischen Antrag gezeigt hat — der Umstand, daß die meisten der hochtönend verkündeten Prinzipien in Wahrheit politische Spekulationen decken: der Grundsatz ist nur der Vorwand der Intrige. Polens Antrag enthielt ursprünglich die Aufforderung, die der Völkerbund an alle Staaten richten sollte, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen: in dieser feingesponnenen Form, deren eigentlicher Sinn dem unbefangenen Auge völlig verborgen bleibt, wollte Polen eine verstärkte Sicherung seiner Grenze gegen Deutschland erlangen. Das aber will wieder Deutschland nicht; so kleidet es seine Ablehnung in lauter Grundsätze! Keine weiteren Verträge, kein allgemeiner Sicherheitspakt — jeder Schritt, der über den bestehenden Zustand hinausführen könnte, ist überflüssig, nur gerade die leere Deklamation ist annehmbar.

Der zweite und augenblicklich entscheidendere Grund aber ist, daß der stärkste europäische Staat, der durch das Fernbleiben Amerikas und Rußlands überhaupt die stärkste Macht im Völkerbund ist, England, eine ausgesprochen völkerbundfeindliche Politik betreibt. Ausgesprochen — ja, Chamberlain hat es ausgesprochen! Dieser steifleinenste aller Staatsmänner, dieser dummköpfigste aller Diplomaten, die je bewiesen haben, mit wie wenig Verstand ein großes Weltreich regiert wird; er stand vor der Versammlung in Genf als der wahre, allerdings als der reuelose Angeklagte. Er verteidigte sich gegen alle Anklagen, die in der letzten Zeit gegen den Völkerbund erhaben worden waren: alle diese Anklagen gegen einen Apparat, der nicht funktioniert, gegen ein System, das in der Gemeinschaft der Nationen die Demokratie durch die Diktatur der Großmächte ersetzt, gegen ein Gerede vom Frieden, hinter dem keine Taten stehen, gegen eine internationale Organisation, die in allen wichtigen internationalen Angelegenheiten jedem Handeln ausweicht: all das nahm Chamberlain mit Recht als Kritik an der Völkerbundspolitik, nein, an der Sabotage des Völker-

bundes durch die konservative englische Regierung auf. Diese Sabotage — ein englischer Minister selbst, Lord Cecil, hat sie erst jüngst anklagend vor der Welt enthüllt; und jedes Wort, das Chamberlain sagte, war gegen den ehemaligen Kollegen gerichtet, der ihm diese moralische Niederlage zugefügt hat. Vorwürfe? In nüchtern-erregten Worten wies Chamberlain dem Völkerbund seine Grenzen. Im Völkerbund seien zu viel Diplomaten? Chamberlain preist den Wert der Diplomatie. Im Völkerbund diktieren die Großmächte? Aber jede Gruppe hat das Recht, ihre Sonderbesprechungen abzuhalten. Völkerbund überhaupt? O ja, gewiß; aber „nicht einmal für den Völkerbund würde ich jenen älteren und kleineren Völkerbund zerstören, den das britische Weltreich darstellt". Abrüstung? Ganz recht; aber bitte ohne die britische Flotte. Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit? Sehr schön, aber England kann keine Verpflichtungen mehr übernehmen. Erweiterung von Locarno? Warum nicht! Aber England kann keine weitere Garantie für solche Verträge gewähren. Allgemeiner Sicherheitspakt? „Dem praktischen Sinne der Engländer liegen gewisse Diskussionen, die mehr theoretischen Wert besitzen, fern..."

Der englische Standpunkt wurde mit brutaler Deutlichkeit noch einmal von Lord Onslow. in der Abrüstungskommission wiederholt. Der Kern seiner herausfordernden Verneinung war: Abrüstung in Gottes Namen, aber auf keinen Fall Rückkehr zum Genfer Protokoll. England könne schon aus Rücksicht auf die Abneigung der Dominions den Verpflichtungen, die es in Locarno übernommen hat — das ist, der Garantie der deutsch-französischen Grenze —, kein Tüpfelchen hinzufügen. Jede Neubelebung des Genfer Protokolls, ja jede Diskussion über seine Grundsätze, sei daher nutzlos und gefährlich, da sie nur die Gegensätze aufs neue enthüllen müsse. England hat also eine konsequente Politik gegen den Völkerbund; sie läßt sich etwa auf die Formel bringen: Abrüstung, aber vor allem keinen Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit.

Auf der andern Seite ist Frankreich die einzige Großmacht, die so etwas wie eine systematische Politik mit dem Völkerbund hat: keine uneigennützige natürlich, sondern eine Politik der Berechnung, daß ein möglichst ausgestaltetes Netz von Sicherheitsverträgen, Nichtangriffspakten und garantierten Grenzen in allen Teilen Europas zur Stütze des gegenwärtigen Staatensystems wird, das Frankreich durch die Friedensverträge geschaffen hat und über das es nun eifersüchtig wacht, weil es darin die einzige Möglichkeit erblickt, die politische und vor allem die militärische Vorherrschaft des verhältnismäßig bevölkerungsschwachen Frankreich zu erhalten: jeder Schiedsgerichtsvertrag, der das Bestehende sichert, die Abänderung der Grenzen erschwert, gereicht dem gegenwärtig Mächtigen zum Vorteil. Darum ist Frankreichs politischer Vorbehalt in Genf dem englischen gerade entgegengesetzt: Frankreich behauptet, die Abrüstung sei unmöglich, solange die Sicherungen in Europa nicht durch den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit verstärkt seien. Abrüstung durch Sicherheit ist die Formel, die der französische Antrag, den Paul Boncour soeben in der Abrüstungskommission eingebracht hat, durch eine Wiederbelebung des Genfer Protokolls zu verwirklichen strebt.

Dagegen wendet wieder Deutschland, nicht ohne Berechtigung, ein: heute sagt ihr: durch Sicherheit zur Abrüstung. Aber im Jahre 1919 hat selbst Clemenceau (im Begleitschreiben zu den endgültigen Friedensbedingungen von Versailles) umgekehrt gesagt: durch die Abrüstung Deutschlands sei die Sicherheit gegeben, die es auch den andern Mächten erlaube, abzurüsten. Und erklärt nicht der Friedensvertrag, der Völkerbundpakt selbst die Abrüstung Deutschlands als die Voraussetzung, aus der die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung entspringt? Heute die Sicherheit zur Voraussetzung der Abrüstung zu machen, heißt sie zum Vorwand nehmen, um nicht abzurüsten.

So stehen einander in den Beratungen in Genf „Abrüstung durch Sicherheit" und „Sicherheit durch Abrüstung" gegenüber. Sicher ist dabei nur, daß nicht abgerüstet wird, daß die Abrüstung als Voraussetzung des Friedens völlig in der Sackgasse steckt. Frankreich will nicht abrüsten, ohne eine Verstärkung des Vertragsnetzes; England will nicht abrüsten, aber auch keine weiteren Verträge auf sich nehmen. Beide aber erklären einmütig: der Angriffskrieg ist und bleibt verboten. Das ist der Völkerbund, solange die Briand und Chamberlain und Stresemann in ihm das große Wort führen. Das ist der Völkerbund. wie er sich neun Jahre nach dem Weltkrieg, in einer Zeit, da die internationale Reaktion die einzige wirkliche Friedensmacht, die internationale Arbeiterklasse, niederhält, der Welt vorstellt. Wahrhaftig, über dem Sitzungssaal in Genf sollten die goldenen Worte stehen: Der Krieg ist verboten, das Rüsten ist erlaubt!

Ein Zentralwirtschaftskomitee des Völkerbundes

Berlin. Wie die Morgenblätter melden, hat die zweite Kommission der Völkerbundsversammlung am Montag die Aussprache über die

Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz

abgeschlossen. Loucheur machte den Vorschlag, das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes in seiner bisherigen Form bestehen zu lassen und ihm auch seine bisherigen Aufgaben weiter zu übertragen. An die Seite soll ihm aber ein

Zentralwirtschaftskomitee gestellt werden,

das aus einem Teil oder der Gesamtheit der Mitglieder des Wirtschaftskomitee des Völkerbundes bestehen soll, sowie aus 20 vom Rate ernannten Persönlichkeiten aus Handel, Industrie und Landwirtschaft. Ferner sollen nach Loucheurs Vorschlag dem Zentralkomitee

drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer

angehören, die vom internationalen Arbeitsamt ernannt werden und je ein Mitglied der internationalen Handelskammer und des internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom. Loucheur führte in seiner Rede noch aus, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft seine werde,

die Kaufkraft und Produktionskraft

der Länder mit einander in Uebereinstimmung zu bringen. Unter Bezugnahme auf Stresemanns erste Rede in der Völkerbundsversammlung rühmte auch Loucheur den deutsch-französischen Handelsvertrag, der zahlreiche Zollherabsetzungen gebracht habe und außerdem zum ersten Male zwischen Deutschland und Frankreich eine Schicksalsklausel in Handelsstreitigkeiten enthalte. Die meisten Delegierten stimmten dem Antrag Loucheur mit gewissen Abänderungen zu und er wurde schließlich einem Redaktionskomitee überwiesen.

Abschluß im politischen Ausschuß des Völkerbundes

Genf. Der sechste Ausschuß für Politik hat seine Arbeiten abgeschlossen. In der Schlußsitzung nahm der Ausschuß einen Bericht des norwegischen Delegierten Nansen über die Arbeiten der Mandatskommission an. Der Bericht empfiehlt der Vollversammlung die Opiumkommission mit der Prüfung der Maßnahmen gegen die Einfuhr von Spirituosen in die Mandatsgebiete zu beauftragen. Der Ausschuß nahm ferner einen Bericht des belgischen Delegierten Brouckeres über die Durchführung der Beschlüsse der Pressesachverständigenkonferenz an. In dem Bericht werden die technischen Organisationen des Völkerbundssekretariats aufgefordert, eine eingehende Prüfung der von der Pressekonferenz vorgeschlagenen Herabsetzung der Telephon- und Telegraphen-Pressetarife sowie der übrigen technischen Vorschläge der Konferenz vorzunehmen. Der Völkerbundsrat soll aufgefordert werden, auf der Dezembertagung die Durchführung der übrigen Beschlüsse der Sachverständigenkonferenz zu prüfen.

„Luftschlacht" über Warschau

Warschau. Sonntag fand über Warschau ein großes Flugzeugmanöver statt, das bis in die späte Nacht hinein dauerte. Ueber 50 Militärflugzeuge, sowie Abwehrbatterien und Scheinwerferabteilungen nahmen daran teil. Es wurde ein Kampf markiert, bei dem 12 Flugzeuge den Feind darstellten. Die Uebungen, die teilweise in geringer Höhe unmittelbar über den Häusern der Stadt ausgeführt wurden, sollten gleichzeitig der Propaganda für den Ausbau der polnischen Heeresflugzeuggeschwader dienen.

Moraczewski soll sich entscheiden

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Moraczewski, der Mitglied der polnischen sozialistischen Partei ist und bei Eintritt in die gegenwärtige Regierung seine Parteifunktionen aufgegeben hat, wird in den nächsten Tagen von dem obersten Parteigericht vor die Alternative gestellt werden, entweder aus der Partei oder aus der Regierung auszutreten. Dieser Entschluß der P. P. S. ist auf die scharfe Resolution der polnischen Gewerkschaften gegen die Regierung zurückzuführen.

Eine interparlamentarische Konferenz in Prag

Paris. Nach einer Meldung der „Information" aus Prag findet dort Ende Oktober eine Konferenz von Parlamentariern Frankreichs, Polens. der Tschechoslowakei, Rumäniens, Jugoslawiens und vielleicht auch Belgiens statt. Als Zweck der Konferenz wird die Schaffung einer interparlamentarischen Vereinigung der genannten Länder angeführt.

Verhaftung kommunistischer Agenten in Hankau

London. Nach Meldungen aus Hankau wurde auf Anordnung der Militärbehörden im kommunistischen Hauptquartier eine Haussuchung vorgenommen, wobei größere Mengen Dynamit gefunden wurden. Im Zusammenhang damit wurden zahlreiche kommunistische Agenten verhaftet; sie werden beschuldigt, in 140 Fällen Dynamit eingeschmuggelt zu haben. In die Hände der Militärbehörden soll ferner auch eine große Anzahl wertvoller Dokumente gefallen sein, die die Existenz eines Planes zur Sprengung aller strategischen Punkte in Hankau und Wuchang beweisen sollen. Daraufhin wurde die sofortige Entlassung aller früheren Kommunisten aus den Diensten der Regierung angeordnet. Der Grund für diese antikommunistische Kampagne in Hankau, dem bisher am stärksten unter linksradikalem Einfluß stehenden Zentrum, ist einstweilen nicht ersichtlich. — Nach einer Reutermeldung aus Schanghai wird morgen in Nanking eine neue nationalistische Regierung die Geschäfte übernehmen. Der aus fünf Personen bestehenden Regierung wird Hu Han Min, der frühere Befehlshaber der Kuomintangarmee, angehören. Die vier anderen Minister sind gleichfalls prominente Mitglieder der Kuomintang

Der geheimnisvolle Tod Sawinkows

Die in Berlin erscheinende russische Emigrantenzeitung „Rul" veröffentlicht einen sensationellen Brief des lettischen Sozialisten Brunowski über den geheimnisvollen Tod Sawinkows. Brunowski saß einige Jahre im Gefängnis der Moskauer Tschereswitschaika und war zum Tode verurteilt worden, doch kürzlich gelang es der lettischen Regierung, ihn gegen hervorragende Kommunisten einzutauschen. Brunowski hält an der bekannten Version fest, daß die Ankunft Sawinkows nach Rußland vereinbart und der ganze Prozeß gegen ihn inszeniert war. Noch vor seiner Ankunft in Rußland hatte Sawinkow mit Vertretern der politischen Polizei eine Vereinbarung getroffen, indem er sich verpflichtete, während seines Prozesses bestimmte Aussagen zu machen, die im Sinne der bolschewistischen Propaganda lagen. Als Aequivalent wurden ihm gewisse Zugeständnisse gemacht, die von den Bolschewisten jedoch nicht eingehalten wurden. Nach dem Prozeß wurde Sawinkow im Gefängnis festgehalten. Er erinnerte nun die zuständigen Stellen an das ihm gegebene Versprechen und schrieb damals den bekannten Brief an den Polen Dzierschinski. Aus Furcht vor seiner Energie und um ihn nicht in Freiheit zu setzen, wurde Sawinkow von der Moskauer Tschereswitschaika vergiftet. Der leblose Körper wurde aus dem fünften Stockwerk auf die Straße geworfen, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Alle diese Nachrichten erhielt Brunowski von dem geheimen Mitarbeiter der Operationsabteilung der politischen Polizei, Zapolski, der später zusammen mit ihm im Gefängnis saß und später hingerichtet wurde.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

51)

„Sie sind der Mann, den ich sehen wollte, Mr. Long," begann sie. „Was ist mit diesem unglücklichen Mädchen geschehen? Ihr Mr. Rouch, der nicht gerade ein mitteilsamer Mensch ist, erzählte mir, daß sie entführt wurde und beinahe ertrunken wäre, aber das kann doch unmöglich wahr sein!"

Bei dem hellen Licht beobachtete er sie sehr genau. Im Laufe der letzten Woche war sie eine alte Frau geworden. Er erinnerte sich ihres faltenlosen Gesichts, ihrer stolzen Haltung. Von ihrem ganzen früheren Selbst war nur der ungetrübte Glanz ihrer Augen geblieben. Tiefe Falten durchfurchten ihr Gesicht; der vergrämte Ausdruck war neb, und die Mundwinkel des früher entschlossen aussehenden Mundes zogen sich abwärts. Und doch schien ihm ihre Heiterkeit gekünstelt. War das der Fall, dann konnte sie für die größte Schauspielerin der Welt gelten.

„Crayley ist tot, berichtet man mir?"

Er nickte.

„Sagen Sie Miß Sanders nichts darüber!" warnte er sie. „Ja, er ist tot."

Sie schüttelte den Kopf.

„Das ist schrecklich — erst Monkford und dann Crayley. Das beunruhigt mich sehr."

„Sie vergessen Clay Shelton," meinte er unschuldsvoll, während er sie genau beobachtete, „meinen unglücklichen Onkel . . ."

Er hatte ins Schwarze getroffen! Ihr Gesicht versteinerte sich. Ihre schwarzen Augen schlossen sich erst ungläubig, und dann starrte sie ihn an.

„Ich glaube, ich habe Sie nicht verstanden. Ihr . . ."

„Mein Onkel. Er war meines Vaters Stiefbruder. Ich dachte, Sie wußten das. Sein richtiger Name war John Xavier Towler Long. Aber vielleicht ist Ihnen das nicht bekannt. Ich weiß sehr viel über Onkel John."

Er lachte gleichmütig.

„Er heiratete im Jahre 1883 ein Mädchen namens Paynter. Mein Vater erzählte mir. daß sie erst vor einigen Jahren gestorben ist."

In einer Sekunde gewann sie ihre Fassung wieder.

„Ich dachte nie, daß Sie solche entehrende Familienverbindungen hätten, Mr. Long," entgegnete sie und schaute auf ihre Uhr. „Meinen Sie, daß ich jetzt hinaufgehen und mit Nora sprechen kann?"

„Wir wollen zusammen hinaufgehen," sagte der Wetter. Diese Anordnung überraschte die Frau.

„Ich wollte einiges mit ihr allein besprechen."

„Ich werde meine Ohren mit den Händen zuhalten," erwiderte er verbindlich, und die Frau folgte ihm widerstrebend in Noras Zimmer.

Diese lag im Bett und ließ, als ihre Herrin eintrat, das Buch sinken, worin sie las.

„Sie armes Kind!" Die Stimme der alten Frau klang teilnahmsvoll. „Nora, Sie sind beinahe so schlecht wie Mr. Long. Sie bewegen sich andauernd in äußerst dramatischen Atmosphären! Fühlen Sie sich sehr übel?"

Dab Mädchen schüttelte den Kopf und schaute vorwurfsvoll den Wetter an.

„Ich habe mich in meinem ganzen Leben noch niemals so wohl gefühlt," sagte sie, „aber sie bestehen darauf, daß ich hier verbleibe."

„Sie — ist selbstverständlich Mr. Long. Es ist doch herrlich, solche brüderliche Ergebenheit um sich zu haben."

„Mütterliche," verbesserte der Wetter.

Die Frau blickte ihn einen Augenblick an.

Er ging nach der anderen Seite des Zimmers und schaute auf Dorset Square hinaus. Er hatte ein wunderbares Gehör, und Miß Revelstoke schien sich dessen bewußt zu sein, denn ihre Stimme sank zum Flüstern.

„Darf Henry kommen und Sie besuchen?"

Das Mädchen zögerte und schaute nach der Stelle hinüber, wo der Wetter stand.

„Fragen Sie ihn nicht, denn er haßt Henry!" bemerkte Miß Revelstoke. „Ich möchte, daß Sie mit ihm allein sprechen. Können Sie das?"

Wieder schaute Nora auf den Detektiv, Zweifel und Ungewißheit lagen auf ihrem Gesicht.

„Ich weiß nicht. Ich glaube, es sind Anordnungen gegeben worden, daß ich niemand sprechen darf. Können Sie mir sagen, was er will?"

„Er will Ihnen etwas mitteilen — etwas, worüber Monkford vor der Unterzeichnung des Testaments gesprochen hat."

Als sie sah, wie sich die Augen des Mädchens wieder dem Detektiv zuwandten, lächelte sie.

„Nun, ich will Sie nicht weiter plagen. Bitte, sagen Sie ihm nicht, worüber ich gesprochen habe!"

„Miß Revelstoke, hat man etwas von Mr. Crayley gehört?"

Der Detektiv hörte die Frage und drehte sich schnell um.

„Nichts," antwortete die Frau nach einem Augenblick der Ueberlegung. „Ganz und gar nichts."

Das Mädchen seufzte.

„Er war sehr gut zu mir," sagte sie leise, „ich befürchte . . ."

Sie schüttelte schweigend den Kopf.

Der Wetter Long wußte genau, was sie befürchtete. Es würde keine leichte Aufgabe werden, ihr die Nachricht von Jackson Crayleys Tode mitzuteilen.

31.

Am nächsten Morgen saßen zwei Männer auf der Anklagebank im Westminster-Polizeigericht, gegen die dieselbe Anklage vorlag, nämlich: Gefährliches Fahren mit Automobilen, ohne im Besitz des erforderlichen Führerscheines zu sein. Beide nahmen die sechs Monate, zu denen man sie verurteilte, sehr ruhig — man könnte sogar sagen — erleichtert hin.

„Ihr beide hättet gehängt werden sollen," sagte der Wetter Long, als er mit ihnen nach der Urteilsverkündung auf dem Gange sprach.

„Hören Sie, Mr. Long," wendete der kinnlose Mann laut ein, „wir haben unser Teil weg, und Sie haben kein Recht, uns einzuschüchtern."

„Ich habe dreiunddreißig Anklagen, die ich gegen euch beide vorbringen könnte," übertrieb der Wetter. „Vielleicht sind es auch fünfunddreißig, also kommt mir nicht zu frech, oder ich werde euch sämtliche Gefängnistüren öffnen, und ihr werdet von Wandsworth nach Wormwoods Scrubbs wandern. Man hat euch beide ausgesandt, um mich umzubringen, und für Mörder, die nach meinem jungen Leben trachten, habe ich nichts übrig. Kommt mit allem, was ihr über diese Angelegenheit wißt, 'rüber . . ."

„Ihr habt uns schon vorher gefragt, und wir haben nichts ausgesagt," unterbrach ihn der große kräftige Mann. „Es war ein Unfall, wie Ihr selbst wißt, und als ‚Polyp' könnt Ihr als Zeuge nicht die Wahrheit reden: Ich wundere mich manchmal, daß Leute wie Ihr beim Schwören nicht tot hinfallen!"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Gaukonzert der oberschlesischen Arbeitersänger im Kattowitzer Stadttheater

Die Deutsche Theatergemeinde veranstaltet am Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, einen volkstümlichen Liederabend der oberschlesischen Arbeitersänger, an welchem sich die Chöre Kattowitz, Königshütte, Laurahütte, Schwientochlowitz, Bismarckhütte, Kostuchna und Nikolai beteiligen werden. Das Programm bringt Massenchöre, Gruppenchöre und Männerchöre in reicher Abwechselung von Freiheits-, Volks- und Kunstliedern. Die Massenchöre leitet der Gauliedermeister F. Birkner, die Gruppenchöre die Liedermeister L. Schwierholz und O. Reichenbach.

Eintrittskarten zu volkstümlichen Preisen an der Theaterkasse und im Zimmer 23 des Zentralhotels. Die auswärtigen Vereine werden gebeten, die benötigten Karten bis spätestens Sonnabend abzuholen.

Partei-Vorstandssitzung!

Am Sonntag, den 25. September, vormittags 9½ Uhr, findet im Parteibüro, Zimmer 23 des Zentralhotels in Kattowitz, eine

Partei-Vorstandssitzung

statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder des Parteivorstandes dringend ersucht.

Mit Parteigruß!
J. A. Kowoll.

Die Lohnfrage im Bergbau noch immer nicht geregelt

Der bereits wiederholt vertagte Spruch des Schlichtungsausschusses in der Lohnstreitfrage der Kohlenindustrie ist wiederum vertagt worden, da sich die Verhandlung sehr schwierig gestalten. Die Arbeitgeber lehnen weiterhin kategorisch jegliche Lohnerhöhung ab, während die Arbeitnehmer ihre Forderungen so weit wie möglich reduziert haben. Die Regierungsstellen sind in diesem Lohnstreit sehr zurückhaltend, da durch eine Lohnerhöhung automatisch eine Erhöhung der Kohlenpreise eintreten würde, die man in jedem Falle vermeiden will. Die Verhandlungen sind auf Dienstag vertagt worden.

Vor der Auflösung der Stadtparlamente in Kattowitz und Königshütte

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, steht die Auflösung der beiden Stadtverordneten-Versammlungen in Kattowitz und Königshütte, die bekanntlich eine überwiegende deutsche Mehrheit haben, kurz bevor, und soll bereits beschlossene Tatsache sein. Die letzte Reise des Wojewoden nach Warschau hängt zweifellos mit dieser Frage zusammen. Die Zögerung der Bekanntgabe der Auflösungen ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die polnische Regierung die Auflösung erst nach Schließung der Genfer Völkerbundstagung vornehmen will. Wie weiter verlautbart, soll man sich bereits in Kreisen der Wojewodschaft mit der Ernennung der kommissarischen Stadtverordnetenversammlungen, die an Stelle der aufgelösten Parlamente treten würden, beschäftigen. Die deutschen Parteien würden dabei höchstwahrscheinlich nur wenige Sitze in den Vertretungen erhalten.

Der Arbeitslosenfonds in Ost-Oberschlesien

Im Jahre 1924 wurde für ganz Polen ein Arbeitslosenfond mit dem Sitz in Warschau geschaffen. Dort wurden die physischen und die Kopfarbeiter gegen die Arbeitslosigkeit versichert. Die Hauptverwaltung dieses Fonds unterhält in der schlesischen Wojewodschaft 4 Bezirksbüros, und zwar in Kattowitz, Schwientochlowitz, Rybnik und Bielitz. Im Jahre 1926 hat das Bezirksbüro des Arbeitslosenfonds in Kattowitz 7 529 285 Zloty an die physischen und 41 153.68 Zloty Arbeitslosenunterstützung an die Kopfarbeiter ausgezahlt. Im Rybniker Bezirk wurden 3 518 803 Zloty an die physischen und 6 193 Zloty an die Kopfarbeiter ausgezahlt; im Schwientochlowitzer Bezirk wurde an Arbeitslosenunterstützung 4 561 603 Zloty an die physischen und 54 240 Zloty an dei Kopfarbeiter ausgezahlt, und endlich in Bielitz wurden 746 843 Zloty an die physischen und 30 648 an die Kopfarbeiter Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Insgesamt haben alle vier Bezirksbüros des Arbeitslosenfonds in der schlesischen Wojewodschaft im Jahre 1926 16 356 536 Zloty an die physischen Arbeiter und 132 237 Zloty an die Kopfarbeiter Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Im ganzen Staate wurde im vergangenen Jahre 61 941 261 Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, so daß davon auf die schlesische Wojewodschaft ein Viertel entfällt.

Zwei Spionageprozesse

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz wurde am gestrigen Montag gegen den Kellner Alexander Kowalski aus Tarnowitz und den Koch Josef Placzek aus Siemianowitz bei verstärktem Richterkollegium unter Vorsitz des Gerichtsdirektors Harlinger verhandelt. Als Anklagevertreter fungierte Staatsanwalt Piechowitz. Die Angeklagten befinden sich seit dem 3. Februar d. J. in Untersuchungshaft. Die Anklage lautete wegen Verrat militärischer Geheimnisse. Nach einer etwa vierstündigen Verhandlung, welche bei verschlossenen Türen stattfand, wurde das Urteil verkündet. Kowalski wurde für schuldig befunden und zu 2½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt mit der Begründung, daß derselbe eine längere Zeit hindurch mit den deutschen Behörden in Kontakt gestanden haben soll und, wie die militärischen Sachverständigen aussagten, Verrat militärischer Geheimnisse dadurch verübte, indem er Stenogramme über militärische Maßnahmen einer anderen Macht übermittelte. Der Mitangeklagte Placzek mußte mangels genügender Beweise freigesprochen werden.

An dem gleichen Tage wurde erneut gegen den kaufmännischen Angestellten Ludwig Dolnicko aus Beuthen verhandelt. Die Verteidigung des Angeklagten übernahm Rechtsanwalt Dr. Dombrowski. Der Beklagte befindet sich seit dem 6. März in Untersuchungshaft, war einige Zeit vorher beschäftigungslos, vorher als Büroangestellter bei den Stickstoffwerken in Chorzow tätig. Dolnicki wird zur Last gelegt, verschiedene Namen von hervorragenden Persönlichkeiten, welche im polnischen Geheimdienst tätig waren, verraten und ferner wichtige Dokumente an deutsche Behörden ausgeliefert zu haben. Im Laufe mehrerer Monate wurde in dieser Angelegenheit bereits dreimal verhandelt, doch erfolgte stets aus bestimmten Gründen Vertagung. Etwa gegen ½9 Uhr abends wurde das Urteil verkündet, welches wegen Verrats militärischen Geheimnisse auf 1 Jahr 7 Monate Zuchthaus lautete.

Die Amtseinführung des Genossen Franz

Am Montag, den 19. September, vormittags 11 Uhr, wurde im Saal der Donnersmarckhütte in Hindenburg die feierliche Amtseinführung der drei neubestätigten Magistratsmitglieder, des zweiten Bürgermeisters, des Stadtkämmerers und des Stadtschulrates vorgenommen. Stellvertretender Stadtverordneten-Vorsteher Arps eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Begrüßungsrede. Hierauf ergriff zur Feier der Amtseinführung als Vertreter des Oberpräsidenten Regierungsdirektor Fischer das Wort. Er überbrachte den drei bestätigten Mitgliedern die Glückwünsche der Regierung. Nach der Ueberreichung der Urkunden hieß Oberbürgermeister Dr. Lukaschek die drei Herren in den Reihen des Hindenbuger Magistrats willkommen. Dann wandte er sich besonders dem zweiten Bürgermeister Franz zu, den er aus den Tagen der Abstimmung her als seinen Kampfgenossen kannte. Stellvertretender Stadtverordneten-Vorsteher Arps überbrachte den drei Gewählten die Grüße der Stadtverordneten-Versammlung. Er betonte besonders die Vertrauensfrage, ohne die ein Kommunalbeamter keine erfolgreiche Arbeit leisten könne. Vertrauen gewinne man nicht durch engherzige Parteipolitik. Der Kommunalbeamte soll sich immer dessen gewiß sein, daß er nicht nur seine Wähler vertritt, sondern die breite Volksmasse. Zweiter Bürgermeister Franz führte in einer längeren Rede seine Gedanken für sein zukünftiges Amt aus. Sie beschäftigten sich größtenteils mit der Wohlfahrtspflege und deren Ausgestaltung, welches Dezernat auch zukünftig er bearbeiten werde. Stadtkämmerer Schilling sprach in kurzen Worten an Regierung, Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung. Hierauf ergriff noch Stadtschulrat Dr. Opperskalski das Wort zu einigen Dankesworten. Konnte sein Vorgänger bereits auf Verdienste pochen, so ist er für die Regierung der neue Mann und umsomehr freue es ihn, hier seitens der Regierung begrüßt zu werden. Er sieht das als ein günstiges Vorzeichen betreffs seiner späteren Zusammenarbeit mit ihr an.

Die Begünstigung des Kettenhandels

Was wir unlängst über die Schmalzteuerung im „Volkswille“ geschrieben haben, wurde in der Erklärung der Kattowitzer Handelskammer vor den Pressevertretern nicht nur bestätigt, sondern noch viel drastischer geschildert. Die Kattowitzer Handelskammer wäscht ihre Hände in Unschuld und sagt, daß sie an den Schmalzschiebergeschäften unschuldig ist. Herr Dr. Brzeski und Szczetnitzki erklärten, daß für Ost-Oberschlesien vierteljährlich nach der Einführung der Schmalzreglementation nur 300 Tonnen Schmalz bestimmt wurden. Nun braucht aber Ost-Oberschlesien mindestens 900 Tonnen Schmalz vierteljährlich. Die Proteste der oberschlesischen Presse haben bewirkt, daß die 300 Tonnen erhöht wurden und zwar von dem lettischen Kontingent 110 Tonnen und von dem ungarischen Kontingent 75 Tonnen, zusammen also um 185 Tonnen. Lettland und Ungarn liefern an Ost-Oberschlesien das amerikanische Schmalz. Das ist dasselbe, als wenn wir beim Schuster Fische kaufen wollten. In Beuthen können wir Schmalz nach Herzenslust bereits mit 30 Dollar im Großhandel haben. Wir kaufen aber das Schmalz in Lettland und zahlen dafür 43 Dollar, plus Fracht. Die Vertreter der Handelskammer erklärten, daß man dagegen nichts machen kann, weil das ein Handelsabkommen ist, das zwischen Polen einerseits und Lettland und Ungarn andererseits abgeschlossen wurde. Dadurch wird dieser Zustand verewigt und wir können mit einer Verbilligung der Schmalzpreise gar nicht rechnen. Unfaßbar erscheint einem durchschnittlichen Menschen, daß Polen Handelsabkommen abschließt, in welchen es sich zur Abnahme von amerikanischem Schweineschmalz in Lettland und Ungarn anstatt in Amerika verpflichtet. Lachen da nicht über uns die Amerikaner, die Letten und die Ungarn? Doch lassen wir die Herren von der Kattowitzer Handelskammer weiterreden. Sie sagten uns, daß bei der polnischen Ein- und Ausfuhrkommission in Warschau, die die Höhe des Schmalzquantums, das eingeführt werden soll, zu bestimmen hat, ein förmlicher Kampf geführt wird. Wojewodschaften, die vor der Schmalzreglementierung kein Pfund amerikanischen Schmalzes einführten, können heute nicht genug Schmalz bekommen. Sie haben eingesehen, daß der Weiterverkauf des Schmalzes nach Ost-Oberschlesien sehr rentabel ist. Lublin, Lemberg usw. führen das amerikanische Schmalz ein, um dasselbe zu hohen Preisen nach Ost-Oberschlesien zu verkaufen. Die Vertreter der Handelskammer erklärten offen, daß in den holländischen Seehäfen das amerikanische Schmalz im Großhandel mit 26 Dollar gehandelt wird, während die polnischen Kaufleute unter Ausnützung der außerordentlichen Situation das Schmalz nach Ost-Oberschlesien mit 45 Dollar verkaufen. Da sinken einem die Arme ratlos in den Schoß und nur der Seufzer wird hörbar. Armes schlesisches Arbeitervolk, man hat dich den Schiebern hingeworfen.

Kattowitz und Umgebung

Frauenversammlung

Die hiesige Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“ hatte für den vergangenen Sonntag im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung einberufen, deren Besuch aber viel zu wünschen übrig ließ. Gegen 5 Uhr eröffnete Gen. Janta die Versammlung, hieß Alle herzlich willkommen und gab die Tagesordnung bekannt. Zunächst trug der Arbeiterjugendchor das Lied „Wenn wir schreiten“ vor, dann folgte Klärchen Janta mit dem Brögerschen Gedicht „Aufschwung“. Da die Schriftführerin nicht erschienen war, mußte die Verlesung des letzten Versammlungsprotokolls verschoben werden.

Im Mittelpunkt des Ganzen stand ein Referat des Gen. Kowoll, der nun das Wort ergriff und in längeren Ausführungen von den schweren Kämpfen der Arbeiterschaft sprach, unter denen naturgemäß die Proletarierfrau am meisten zu leiden hat. Redner verstand es vorzüglich, das Seelenleben der proletarischen Familien zu schildern und streifte auch die Fehler und Vorteile des Novemberumschwunges. Seine Darlegungen endeten in einem kräftigen Appell an die Frauen, sich zu einer festen Organisation zusammenzuschließen, um in gemeinsamem Kampfe mit den Männern unser Ziel, den Sozialismus, zu erobern. Lebhafter Beifall folgte den interessanten Ausführungen.

Da sich niemand zur Diskussion meldete, sprach Gen. Janta unter „Verschiedenes“ zu dem Kapitel der Kinderfreunde nochmals aufklärende Worte, die von Gen. Dr. Bloch und Gen. Kowoll unterstrichen und ergänzt wurden. Auch Gen. Birghan äußerte sich dazu, doch blieb bisher jeglicher praktische Erfolg aus, da sich keine der Anwesenden zur Mitarbeit anbot. Daraufhin erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Kattowitzer Arbeiterjugend ließ es sich nicht nehmen, die Anwesenden noch ein Stündchen mit Gedichten, Erzählungen und Gesängen zu unterhalten; auch Volkstänze wurden geboten. Wir danken den Jugendlichen dafür und hoffen, daß sie in Zukunft beweisen werden, daß es auch in der Kattowitzer A. J. wieder aufwärts gehen wird!

Deutsches Theater Kattowitz

Die diesjährige Theatersaison beginnt in Katowice am 7. Oktober mit Richard Strauß: Rosenkavalier, da das Oberschles. Landestheater erst am 1. Oktober seine Pforten öffnet. Um das deutsche Publikum für den Ausfall der Vorstellungen im September zu entschädigen, hat die Deutsche Theatergemeinde in der vergangenen Woche den Irene Triesch-Abend veranstaltet und für den kommenden Freitag, den 23. September, das Konzert der berühmten Cembalistin Alice Ehlers angesetzt. Auf diese Veranstaltung sei besonders hingewiesen. Die Künstlerin wird gemeinsam mit Adelheid Armhold — Gesang — und Paul Hermann — Cello — Musik alter Meister bringen. Alice Ehlers beherrscht meisterhaft ihr Instrument. Sie ist unstreitig eine der hervorragendsten Künstlerinnen der Gegenwart, die in ihrem Können unerreicht dasteht. Ihr würdig zur Seite steht der Cellist Paul Hermann. Von ihm sagt Prof. Adolf Weißmann: „Ich gebe P. H. vor allen anderen den Vorzug. Sein Spiel wird zu einer Feierstunde der Kunst.“ Endlich verfügt Adelheid Armhold über einen weichen glockenreinen Sopran von bestechender Wirkung. Ihre Vortragsweise ist sicher und tief empfunden. Der Kammermusikabend wird sicher die verwöhntesten Kenner nicht enttäuschen. — Der Vorverkauf findet an der Theaterkasse, Rathausstraße, von 10—2 Uhr vormittags statt. Telephon 1647.

Erste deutsche Hochschulwoche. Heute, Dienstag, den 20., 7 Uhr abends, spricht im Saale des evangelischen Gemeindehauses Herr Prof. Dr G. Keßler über das Thema: „Der Kapitalismus“. Eintrittskarten sind an der Abendkasse zum Preise von 3 Zloty zu haben. Mittwoch, den 21. 9., 7 Uhr abends, spricht im Saale des evangelischen Gemeindehauses Herr Prof. Dr. G. Keßler über das Thema: „Die Sozialpolitik, ihre Möglichkeiten und Grenzen“. Eintrittskarten in beschränkter Zahl sind an der Abendkasse zum Preise von 3 Zloty zu haben.

Volkstümlicher Liederabend. Am Sonntag, den 25. September, abends 8 Uhr, findet im Stadttheater ein „Volkstümlicher Liederabend“, veranstaltet von den deutschen Arbeitersängern Polens, Gau Oberschlesien, statt. Zu Gehör werden Massenchöre, Gruppenchöre und Männerchöre gebracht. Während die Leitung der Massenchöre dem Gauliedermeister F. Birkner obliegt, werden die Gruppenchöre von L. Schwierholtz und K. Reichenbach dirigiert. Die Eintrittspreise bewegen sich von 0,50 bis 3,00 Zloty. Der Vorverkauf hat bereits an der Theaterkasse Rathausstraße begonnen.

Neue Kioske. Eine große Menge Anträge zwecks Erteilung der Genehmigung auf Errichtung von Kiosken gehen dem Magistrat in Kattowitz zu. Hauptsächlich sind es Invaliden, welche sich auf diese Weise eine kleine Verdienstmöglichkeit schaffen wollen. In einer besonderen Verfügung des Finanzministeriums wird die Aufstellung von Kiosken an verkehrsreichen Punkten in den einzelnen Städten geradezu angestrebt und begünstigt, und zwar von der Voraussetzung ausgehend, daß bei einem größeren Angebot an Rauchwaren dem Schmuggel von ausländischen Tabakfabrikaten zu einem gewissen Teil Einhalt geboten werden dürfte. Dann aber soll auch den Invaliden in ihrer bedrängten Lage nach Möglichkeit geholfen werden. Ohne Zweifel muß der Notlage der Invaliden Rechnung getragen und jede Hilfsmaßnahme erwogen werden, wenngleich nicht unberücksichtigt bleiben kann, daß den eingesessenen Tabakhändlern eine erhebliche Konkurrenz durch den Vertrieb von Tabakwaren in Kiosken entstehen wird. Was den Schmuggel von ausländischen Tabakwaren anbetrifft, so ist zu sagen, daß einzig und allein die Herstellung von Rauchwaren aus gutem oder zumindestens besserem Tabak dazu beitragen kann, daß auf auswärtige Tabakorten Verzicht geleistet wird. Inzwischen ist der Magistrat in Kattowitz an die Lösung der Frage betr. Aufstellung von Kiosken herangegangen. Es wurde mit dem Vertreter der Gesellschaft, welcher die Litfaßsäulen unterstehen, eine Einigung herbeigeführt, wonach die Reklamesäulen gleichzeitig als Kioske Verwendung finden sollen, und zwar durch Einbau eines Auslagefensters und der Tür. Zunächst will man es auf einen Versuch ankommen lassen, weshalb man daran ging, auf der Bahnhofsstraße, gegenüber der 4. Klasse, die dort befindliche Litfaßsäule in der oben angegebenen Weise auszubauen. Dieser Kiosk wird in den nächsten Tagen für den Verkauf von Tabakwaren usw. übergeben werden.

Vor der Fertigstellung des Kattowitzer Senders. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind die Arbeiten an der Errichtung der Kattowitzer Radio-Sendestation soweit fortgeschritten, daß mit der Eröffnung derselben bereits im Oktober gerechnet werden kann. Das Maschinenhaus, ein durchaus einfach gehaltenes, kleines Gebäude, das auf der sogenannten Kempa, einem Hügel hinter dem Südpark, steht, ist bereits vor einem Monat nach dem Entwurf des Kattowitzer Stadtbaurats Sikorski fertiggestellt worden. Es

enthält eine Maschinenhalle, ein Büro für das technische Personal, die Wohnung für den Wächter und im Erdgeschoß Aufbewahrungsräume für Materialien. Die Herstellungskosten des Gebäudes können als recht bescheiden bezeichnet werden, da sie den geringen Betrag von nur 80 000 Zloty ausmachen. Gegenwärtig werden die elektrotechnischen Arbeiten ausgeführt. Außerdem führt die Vereinigte Königs- und Laurahütte die zur Aufnahme der Antennen bestimmten Masten auf, von denen bereits der zweite seiner Vollendung entgegengeht. Da der Hügl, auf dem die Sendestation errichtet ist, etwa 350 Meter über dem Meeresspiegel liegt, und die Masten eine Höhe von je 70 Meter haben, wird die Kattowitzer Anlage die meisten anderen europäischen Sender an Höhe übertreffen. Da auch die Höhe der Masten in der Radiotechnik eine entscheidende Rolle spielt, so rechnen die Erbauer damit, daß die Kattowitzer Station eine der stärksten in Europa sein wird. Trotz größter Beschleunigung der Bauarbeiten seitens der Leitung, wird deren stiller Wunsch, die Station bereits am 25. d. Mts. gelegentlich des Besuchs des Staatspräsidenten zu eröffnen, unerfüllt bleiben. Es fehlen nämlich noch die Maschinen, die von der amerikanischen Firma Western Elektric Comp. geliefert werden. Ihr Eingang wird gegen Ende September erwartet. Aber wenn auch die Maschineneinrichtungen bis zu dieser Zeit ankommen und in Ordnung sein sollten, werden noch 10 bis 14 Tage zu ihrer Erprobung verwandt werden müssen. Die Verwaltung und die technische Leitung der Station, die dem Warschauer Ingenieur Litwinski übertragen worden ist, befindet sich in dem neuen Gebäude des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften auf der Sedanstraße. Dort befindet sich auch der Aufnahmesaal für Konzerte usw. und ein Aufnahmezimmer für Vorlesungen sowie ein Magazin. Ob der Kattowitzer Sender Anklang bei den Radiohörern finden wird, wird von seinem Programm und der Güte der Darbietungen abhängen. Jedenfalls versichert die Leitung, daß sie sich um die Aufstellung eines Programms bemühen will, das anderen europäischen in keiner Beziehung nachsteht. Gegenwärtig wird mit verschiedenen Künstlern und mit der Leitung des polnischen Theaters in Kattowitz wegen Aufstellung eines Mikrophons verhandelt. Ein anderes Mikrophon ist in einem Kattowitzer Cafee vorgesehen, das sich zur Einstellung eines erstklassigen Orchesters verpflichten muß. Ferner wird beabsichtigt, jede größere Feierlichkeit durch das Radio weiterzugeben.

Vom städtischen Fundbüro. Ein Kessel, der etwa 100 Liter Wasser faßt und vermutlich von einem Diebstahl herrührt, wurde beim städtischen Fundbüro in Kattowitz abgegeben. Weiterhin ist ein kleinerer Geldbetrag als gefunden abgeliefert worden. Verlierer und Geschädigte können ihre Ansprüche in den Dienststunden auf Zimmer 7 des Magistrats auf der Mühlstraße 4 geltend machen.

Janow. (Kartoffelkrebs.) Nach einer Bekanntmachung des Janower Gemeindevorstandes ist im hiesigen Bezirk in sämtlichen drei Ortschaften der Kartoffelkrebs festgestellt worden, welcher sich leider in diesem Jahre sehr verbreitet hat. Um einer weiteren Verbreitung desselbn vorzubeugn, ist die Ausfuhr der Kartoffel bis auf weiteres streng verboten. Die Kartoffeln, bei welchen der Kartoffelkrebs festgestellt ist, dürfen gekocht oder gedämpft benutzt werden. Das Abwaschen dieser Kartoffeln in öffentlichen Gewässern ist verboten. Dieses muß in dazu bestimmte, 75 Zentimeter tiefe Erdlöcher abgeleitet werden, welche dann desinfiziert werden müssen. Die Schalen müssen verbrannt oder in 75 Zentimeter tiefen Erdlöchern verschüttet werden. Diejenigen Kartoffelfelder, wo der Kartoffelkrebs festgestellt worden ist, dürfen erst nach Ablauf von 6 Jahren mit Kartoffeln bebaut werden. Kellerräume, wo diese Kartoffeln lagerten, müssen desinfiziert werden. Der Ankauf dieser Kartoffeln ist verboten. Jede neue Feststellung der Kartoffelkrebses ist im Gemeindebüro, Zimmer 7, oder bei der Ortspolizei zu melden. Zuwiderhandlungen bei Nichtanmeldung eines neuen festgestellten Falles werden mit 100 Zloty oder 2 Wochen Gefängnis bestraft

Königshütte und Umgebung

Aus der letzten Magistratssitzung. In der letzten Magistratsitzung wurden aus Anlaß der Anwesenheit des Staatspräsidenten am Sontag, den 25. September, für die drei bestehenden Suppenküchen 6000 Zloty bewilligt. Den Besuchern der Küchen soll an diesem Tage eine besondere Beköstigung zuteil werden. — An Subventionen wurden erteilt der Luftflottenliga 1000 Zloty und dem Aufständischenverbande zur Abhaltung eines Festes für arme Kinder 300 Zloty. — An das Wojewodschaftsamt soll ein Antrag gestellt werden, daß diese zu den örtlichen Kommissionssitzungen für die Festsetzung der Höchstpreise einen Delegaten entsendet. — In die Kommission zur Bekämpfung der Verteuerung von Fleisch und Fettigkeiten in Kattowitz bezw. Myslowitz wurde Stadtrat Adamek delegiert. —Infolge der Verteuerung aller Bedarfsartikel wurden die Krankenkosten im städtischen Krankenhause um 50 Prozent erhöht. Demnach betragen die Sätze täglich in der ersten Klasse 12 Zloty, in der zweiten Klasse 9 Zloty und in der dritten Klasse 6 Zloty. Trotz dieser Erhöhung stellen sich die Kosten noch billiger als in den Knappschaftslazaretten. — Als Direktor der Handelsschule wurde Handelsschullehrer Karbowiak angestellt. — Mit Rücksicht auf die große Zahl der Knaben und Mädchen, die sich für die erste Klasse des Handelsgymnasiums gemeldet haben, wird diese Klasse mit zwei Abteilungen eröffnet. — An das städtische Mädchengymnasium wurde für die Erteilung des französischen Sprachunterrichts als Lehrerin Frl. Kuczenski bestellt. — Infolge der fortgesetzten Klagen über die völlige Belegung des Stadtparkes bei Konzerten wurde beschlossen, daß der Zutritt nach dem Redenberg für die Oeffentlichkeit freigestellt werden soll, indem bei Konzerten, für die ein Eintrittsgeld erhoben wird, der alte Teil des Redenberges, der zur Restauration gehört, abgegrenzt wird. In dem übrigen Teil der Anlagen darf kein Eintrittsgeld erhoben werden. — Für die Pflasterung der ulica Szpitalna (Lazarettstraße) bis zum Schienenstrang wurden 100 000 Zloty bewilligt unter der Bedingung, daß die Gemeinde Neuheiduk und die Knappschaftsverwaltung einen Teil der Kosten trägt.

Der „Piast“ wird nicht stillgelegt. Bekanntlich hatte die Direktion der Starboferm die Absicht, den Piastschacht in Neuheiduk stillzulegen. Die Belegschaft wie auch die Gemeindeverwaltung haben deshalb bei der Zentralregierung in Warschau, sowie beim Wojewoden Protest eingelegt, der auch berücksichtigt worden ist. Denn wie wir hören, wird der „Piast“ nicht stillgelegt werden. So berichtet auch die polnische Presse.

Diebstähle. Dem Kaufmann Franz Moj wurden Stempelmarken im Werte von 400 Zloty aus seinem Laden gestohlen und dem Uhrmachermeister Jan Spalek eine Uhr im Werte von 300 Zloty.

Siemianowitz

Bekanntmachung. Die Gemeindeverwaltung gibt zur Kenntnis, daß alle diejenigen Kartoffelfeldinhaber oder -pächter sich auf der Gemeinde zu melden haben, bei denen die Kartoffel mit dem Kartoffelkrebs behaftet sind. Bei Nichtbefolgung der Verordnung wird die Gemeinde strafrechtlich vorgehen.

Der polnische Leseverein verlegt ab 1. 10. seine Bibliothek in die früheren Konsumräume des Hüttengasthauses, welches für diesen Zweck seitens der Verwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte umgebaut wurde. Der Bestand der Bibliothek wird von 1600 auf 2000 Bände erhöht. Ferner werden besondere Leseräume für Zeitungs- und Journallektüre eingerichtet. Zu bemerken wäre hierzu, daß Siemianowitz eine Gemeinde von 42 000 Einwohnern mit städtischem Charakter ist und außer kleinen Vereinsbibliotheken keine deutsche Leihbibliothek besitzt. Als Ersatz für eine solche ist der Besuch der Bibliothek für Kunst und Wissenschaft in Kattowitz, Schulstraße, zu empfehlen, die bereits 13 000 Bände umfaßt und jedermann sich gegen eine Leihgebühr von 5 Groschen pro Band und Woche mit guter deutscher Literatur eindecken kann.

Eine Arbeitslosenversammlung der P. P. S. Lewica (Polnisch-Sozialistische Partei, linker Flügel) wurde seitens der Polizei im letzten Augenblick untersagt.

Ein unverschämter Autoführer ist der Chauffeur des Wagens Nr. 2070 Kielce. der am Freitag infolge schnellen Fahrens und ohne zu hupen zwei Personen auf der Ecke Beuthener und Seifertstraße umgefahren hat. Die Verletzungen der Dame sind gefährlichr Art. Die Insassen des Autos. eine Dame mit einem Kinde, veranlaßte den Chauffeur mit abgeblendeten Lichtern schleunigst abzufahren, was aber durch das anwesende Publikum noch rechtzeitig verhindert wurde.

Der „altkatholische Diakon“. Ein gewisser Josef Kostorz, welcher sich als Diakon der altkatholischen Kirche ausgab, versuchte im Februar seinem Leben ein Ende zu bereiten, indem er in seiner Wohnung das Gas ausströmen ließ. Der Polizei, die hinzugekommen war, erzählte er, daß unbekannte Täter ihn in seiner Wohnung überfallen haben. Die Polizei stellte jedoch fest, daß der Ueberfall nicht der Wirklichkeit entspreche. Während dieser Zeit veröffentlichte der altkatholische Diakon in der „Laurahütter“ einen Artikel, in welchem er bekundete, daß vielleicht die Polizei den Ueberfall organisiert habe. Wegen der Angelegenheit hatte sich dieser am 16. September vor dem Kattowitzer Kreisgericht zu rechtfertigen. Das Gericht erkannte ihn für schuldig und verurteilte ihn laut § 187 zu 200 Zloty Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis.

Myslowitz

Der unentschlossene Magistrat

Die Arbeiter, welche bei der Abtragung der Halde in Städlisch-Janow beschäftigt sind, verlangen den Tariflohn. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern es ist Pflicht des Magistrats, den Tariflohn zu zahlen. Wie kann man von den kleinen Privatunternehmern verlangen, daß sie den Tariflohn zahlen sollen, wenn öffentliche Institutionen, die mit Beispiel vorangehen sollen, sich weigern, den Tariflohn zu bezahlen? Die Arbeiter haben wiederholt eine Delegation schicken müssen, die jedesmal unverrichteter Dinge umkehren mußte. Für die versäumte Zeit wird den Arbeitern vom Lohne, der bei den Erwachsenen 4 und Frauen und Burschen 3 Zloty für den Tag beträgt, abgerechnet. Der Magistrat, in welchem die N. P. R. einschließlich der P. P. S. die Mehrheit hat, kann sich nicht entschließen, ob den Arbeitern der Tariflohn gebührt oder nicht, weil er sich nicht darüber schlüssig werden kann, ob die Abtragung der Halde in Städtisch-Janow zu den Notstandsarbeiten zuzurechnen ist oder nicht. Inzwischen ist es auf der Halde zu einem Teilstreik gekommen. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit hingeworfen und hat erklärt, daß er die Entscheidung des Magistrats abwarten wird. Der Magistrat betrachtet diese Arbeiter als entlassen. Einem von ihnen wollte man einen Entlassungsschein aushändigen, den er aber nicht annehmen wollte. Die Arbeiter sind leider nicht organisiert und man kann ungestraft mit ihnen Schindluder treiben. Der Magistrat nützt auch die Situation gehörig aus

Brand der Kohlenbestände. Die Kohlenbestände auf Kaiser Wilhelmschacht der Gieschegruben, welche auf 10 000 Tonen betragen, sind seit einigen Tagen im vollen Brande. Die Löscharbeiten, welche vorgenommen wurden, sind vorläufig zwecklos, weil sich der Brand immer mehr ausbreitet. Der infolge des Brandes ausziehende Qualm und Rauch wird zu einer wahren Plage für die Bewohner der ulica Wolnosci, so daß die meisten Familien es für zweckmäßiger hielten, Zuflucht wo anders zu suchen. Der Schaden, den die Verwaltung erleiden wird, wird in die Tausende hinausgehen. Bei den Arbeitslosen. Invaliden und Witwen, welche an Kohlennot schwer leiden müssen, kann man darüber eine gewisse Schadenfreude bemerken, eben deswegen, weil die Verwaltung diesen das Klauben der Kohle auf den Bergehalden verbietet, wo gegen die Klauber eine richtige Treibjagd von den Feuerwehrposten veranstaltet wird.

Geheimnisvoller Erstickungstod. Einwohner eines Hauses in Schoppinitz auf der ul. 3-go Maja machten am vergangenen Sonntag die Polizei aufmerksam, daß die Wohnung des August M. schon seit einer Woche verschlossen sei. Als die Polizei gewaltsam öffnete, fand man den Wohnungsinhaber M. tot im Bett liegend vor. Die Leiche befand sich bereits im Verwesungszustand. Die Feststellung des Arztes ergab, daß der Tod durch Ersticken eingetreten ist. Die Ermittelungen werden fortgesetzt.

Börsenkurse vom 20. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 95 zł
		frei =	8.96 zł
Berlin	100 zł	=	46.882 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 30 zł
	1 Dollar	=	8.95 zł
	100 zł	=	46.882 Rmk.

Bielitz und Umgebung

Ein fürchterlicher Mord. In Czaniec gewahrte Dienstag vergangener Woche der dortige Gemeindevorsteher in einem Kartoffelfelde eine Leiche von einer zirka 50 Jahre alten Frau. Er meldete den Fund sofort dem dortigen stationierten Polizeiposten und die diesbezüglichen Untersuchungen ergaben, daß die Aufgefundene mit der in Czaniec wohnhaften Marie Dwornik identisch sei. Dieselbe war nämlich mit ihrem Manne in einen Streit geraten und wurde von ihrem Ehegtaten derart mißhandelt, daß ihr acht Rippen gebrochen wurden und sie infolge innerer Verletzungen starb. In das naheliegende Kartoffelfeld ist die Leiche dann geschleppt worden. Der 53jährige Ehegatte Valentin Dwornik wurde unter dem Verdacht, den schrecklichen Mord begangen zu haben, in das Kreisgericht in Wadowitz eingeliefert. Zwei Kinder trauern am Grabe der Mutter.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 21. September 1927: 16.15—17.45: Unterhaltungskonzert. — 17.45—18.15: Hans-Bredow-Schule: Abt. Sprachkunde. — 18.15—18.45: Hans-Bredow-Schule: Abt. Literatur. — 18.50—19.20: Einführung in die Opern des Abends. 19.30: Uebertragung aus der Städtischen Oper Charlottenburg: „Djamileh“. Anschließend: „Cavalleria rusticana“. — 22.30: Aufführungen des Breslauer Schauspiels.

Beuthen. (Die Zunft der Taschendiebe.) Die regelmäßigen Nachstellungen der oberschlesischen Kriminalpolizei haben in der letzten Zeit mehrere Taschendiebe zum Verlassen von Oberschlesien veranlaßt. Sie verzogen nach verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches, um dort ihrem unsauberen Handwerk ungestört nachgehen zu können. Doch auch in den anderen Städten waren sie der Kriminalpolizei recht bald bekannt, wofür der polizeiliche Nachrichtendienst bestens gesorgt hatte. Die gemeinsame Tätigkeit der Verfolgungsbehörden führte zunächst zur Verhaftung der Taschendiebe Paul Maniek aus der Groß-Dombrowkaer Straße in Roßberg und Tkoczek aus der Flurstraße. Dem letzteren hatte auch die Zeit, die er als Fürsorgezögling in einer Anstalt zugebracht hat, nicht auf den rechten Weg verholfen. Er blieb weiter ein Taugenichts. Nun können die beiden Genannten, die in fast allen Fällen gemeinsame Arbeit machten, im Gerichtsgefängnis über ihre Taten nachdenken. Den Taubstummen Wollny aus Schomberg, der sich gern in D-Zügen aufhielt und immer in bester Kleidung auftrat, ereilte das Schicksal auf frischer Tat in Zwickau. Er wurde dort auf dem Bahnhofe festgenommen und dem dortigen Gerichtsgefängnis zugeführt. Vorher wurde der Taschendieb Grabora aus Roßberg in Köln abgefaßt und zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. In Altona wurde der aus Beuthen stammende Taschendieb Sczirba festgenommen, als er als Handtaschenmarder auftrat. Eine Zeitlang hatten die nun festgenommenen Diebe gemeinsam in Oberschlesien ihr unsauberes Handwerk ausgeübt und die Beute immer über die Grenze geschafft, sobald sie aus Wertgegenständen bestand. Weiter treiben besonders an Lohn- und Gehaltstagen etwa 10 Personen, darunter einzelne Frauen aus Ostoberschlesien in der Weise ihr Unwesen. Sie lassen sich in Geschäften Waren vorlegen und von diesen dann in einem unbewachten Augenblick einzelne Stücke verschwinden. Der Umstand, daß eine Person die andere deckt und weitere Beteiligte vor dem Laden Schmiere stehen, hat bisher ihre Festnahme nicht ermöglicht. Wie festgestellt ist, bereisen diese Ladendiebe abwechselnd die Städte Beuthen. Hindenburg und Gleiwitz. In der letzten Zeit haben sie aber keine nennenswerten Erfolge gehabt. da auch die von der Kriminalpolizei verständigte Geschäftswelt beim gleichzeitigen Auftreten mehrerer Personen in einem Laden besondere Vorsicht obwalten läßt.

Gleiwitz. (Härtebeihilfen für Flüchtlinge.) Alle Flüchtlinge Verdrängten und Aufstandsgeschädigten, die sich in den Aufständen oder durch die Verdrängungen Körper- und Personenschäden zugezogen haben, können auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen einen Antrag auf Genehmigung einer Härtebeihilfe stellen. Härtebeihilfen kommen nur für die Geschädigten in Frage, wenn ein Feststellungsverfahren zum Abschluß gebracht worden ist. Jetzt gestellte Personenschädenanträge können indessen nur dann berücksichtigt werden, wenn der Nachweis erbracht worden ist oder noch erbracht werden kann, daß der Antrag früher rechtzeitig bis zum 18. Juli 1927 bei einer amtlichen deutschen Stelle gestellt worden ist. Die Geschädigten die bereits solche Anträge gestellt haben oder noch stellen wollen, werden gebeten, sich an die Beratungsstelle des Flüchtlingsverbandes heimattreuer Oberschlesier (Ortsgruppe Gleiwitz-Petersdorf, Toster Straße 50), zu wenden. Die Beratungsstelle des genannten Verbandes erteilt für alle Mitglieder und Nichtmitglieder Auskunft und Aufklärung, und es können auch Anträge durch den Verband gestelt werden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich. wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.

Die Krise des Kapitalismus

Von Tony Sender

Nach der Beendigung des Krieges, den ungeheuren Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre auf wirtschaftlichem wie auf sozialem Gebiet, bestand in weiten Kreisen des Proletariats der Glaube: Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet, er ist am Ende seines Lateins, er muß bald, sehr bald zusammenbrechen. Und es gibt noch heute Kreise, die dieser Denkweise huldigen, die auf den großen Kladderadatsch warten. Ja die kommunistische Internationale hatte ihre Propaganda der Weltrevolution auf diese Zusammenbruchstheorie vom Kapitalismus eingestellt, wenn auch in der letzten Zeit auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen stark revidiert.

Diese Auffassung basiert auf der etwas einfachen Betrachtung, als sei ein Wirtschaftssystem in strenger, reiner Geschlossenheit zu einer bestimmten Zeit vorhanden, bis die ihm entgegenstehenden sozialen Kräfte stark genug geworden, es völlig zu zerschlagen und auf diesen Trümmern ein vollkommen neues System zu errichten. So würde das Ende des alten Regimes einem gewaltigen Naturereignis gleich herannahen. Vor der ruhigen Betrachtung des wissenschaftlichen Sozialismus freilich konnte diese Zusammenbruchstheorie nie bestehen. Sie hat bei ihrer Analyse der Wirtschaftsgeschichte vielmehr dargelegt, wie eine bestimmte Wirtschaftsordnung nur so lange bestehen kann, bis ihre eigenen Produktivkräfte über sie selbst hinauswachsen und sich in ihrem eigenen Schoße bereits die Kräfte für eine höhere, die alte verneinende Ordnung entwickeln. Wenn das beim Uebergang vom Feudalismus zum Kapitalismus festgestellt werden konnte, so sind wir gegenwärtig Zeuge einer Entwicklung, die noch viel plastischer diesen Vorgang denen, die sehen wollen, vor Augen führt.

*

Die Vertreter des Kapitalismus behaupten: Auch die herrschende Ordnung sei keine Anarchie, habe vielmehr ein wichtiges regulierendes Moment — durch den freien Wettbewerb selbständiger Existenzen, durch das Spiel von Angebot und Nachfrage werde sowohl die notwendige und richtige Produktionsmenge wie auch der richtige Warenpreis hergestellt. Allen Argumenten, die ihre Gegner gegen Ausbeutung und den Unternehmerprofit vorbrachten, begegneten sie mit der Antwort, daß dem Unternehmer dafür, daß er das Kapital vorstrecke und wage, eine Risikoprämie vergütet werden müsse.

Prüfen wir einmal, wieweit diese theoretischen Fundamente des Kapitalismus im jetzigen Stadium der bürgerlichen Gesellschaft noch Geltung haben. — Keine frühere Periode brachte so sehr eine fieberhafte Entwicklung der deutschen Wirtschaft zum Zusammenschluß, als die des letzten Jahrzehnts. So sehen wir vor allen Dingen in den wichtigsten Rohstoffindustrien den fast lückenlosen Zusammenschluß ganzer Gewerbe (Kohlensyndikat, Eisenverband u. a.), aber auch in den Industrien der Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse nimmt die Kartellbildung in ungeheurem Maße zu. Begünstigt durch staatliche Hilfe, durch die Schaffung von Zöllen, die teilweise lediglich als Kartellrente wirken sollen. Neben diesem Zusammenschluß in Kartellen, die Produktion und Preise regeln, aber immerhin dem einzelnen Unternehmen im übrigen die Selbständigkeit belassen, geht zu gleicher Zeit der Prozeß der Vertrustung in gigantischem Maße vor sich. Während das Kartell einen Zusammenschluß gleichartiger Produktionen darstellt und darum auch als horizontaler Zusammenschluß angesprochen wird, faßt der Trust die verschiedenen Produktionsstufen vom Rohstoff bis zur letzten Verfeinerung unter einer Dachgesellschaft zusammen; man bezeichnet ihn daher auch als vertikalen Zusammenschluß. Trustartige Zusammenschlüsse bilden die Vereinigten Stahlwerke, die etwa die Hälfte der Kohlen- und Eisenproduktion Deutschlands kontrollieren und darum auch in den betreffenden Kartellen bestimmend sind; eine noch beherrschendere Stellung hat in der chemischen Industrie die J. G. Farbenindustrie A.-G.

*

Die neueste Phase der Entwicklung aber bringt über den nationalen Zusammenschluß der Industrie hinaus die Bildung von internationalen Kartellen, deren Leitung die Produktionshöhe, zum Teil auch die Preise für die einzelnen Länder bestimmt.

Beide aber, nationale wie internationale Kartellierung und Vertrustung, haben eine wichtige gemeinsame Folge gehabt: Das Ende der freien Wirtschaft, des freien Wettbewerbes, die Ausschaltung der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze von der Regulierung durch Angebot und Nachfrage. Nicht mehr im freien Spiel der Kräfte werden Produktionsmenge und Warenpreise bestimmt, sondern durch den Willen einiger weniger Trustmagnaten.

Wie aber steht es mit dem zweiten Postulat der kapitalistischen Ordnung, dem Unternehmerprofit als Entgelt für die mit Risiko verbundene Leistung der Unternehmerpersönlichkeit? Bei den geschaffenen Riesenorganisationen ist der Privatkapitalist als Geschäftseigentümer völlig in den Hintergrund getreten. Und selbst das Risiko versucht man abzuwälzen; haben sich doch in den letzten Jahren die Fälle gemehrt, daß das Verlustrisiko vom Staate auf die Weise übernommen wurde, daß das Reich in Form von Subventionen jenen Gesellschaften beisprang.

Daraus folgert: Die Ideologie des Liberalismus als die theoretische Begründung der kapitalistischen Ordnung mußte weichen, ist durch die Entwicklung längst überholt. Die Individualwirtschaft ist für die Entwicklung der Produktivkräfte längst zu eng geworden und gesellschaftliche Formen der Produktion bilden sich bereits heraus. Diese gesellschaftlichen Formen der Produktion aber müssen immer mehr in Widerspruch geraten mit dem individualistischen Prinzip unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation, die gesellschaftlichen Formen der Produktion drängen nach Fortentwicklung zum Kollektivismus auch im Besitz und in der Verteilung. Selbstverständlich wird sich diese Entwicklung nicht automatisch vollziehen, vielmehr wird sie starken politischen Willen zum Vollstrecker brauchen. Aber bedeutsam für die Durchsetzung dieses Willens sind zwei Faktoren: 1. die Vorbereitung der organisatorischen Gebilde für die neue Ordnung im Schoße der alten Gesellschaft und 2. die Tatsache, daß die weiterschauenden Vertreter der alten Ordnung bereits den Glauben an den Fortbestand ihrer Ordnung verloren haben.

*

Haben schon in den letzten Jahren wiederholt Aeußerungen des bekannten Nationalökonomen Prof. Keynes gezeigt, daß Zweifel an der Lebensfähigkeit des alten Gefüges auftauchten, so hat Prof. Schupeter, Bonn, vor einiger Zeit Aeußerungen getan, die noch deutlicher in diese Richtung weisen. In einer Polemik gegen Professor Cassel über die Frage der Arbeitslosenversorgung veröffentlichte er einen Aufsatz in dem Deutschen Volkswirt (1. Jahrgang Nr. 24), der ihn zu folgenden Schlußfolgerungen führt:

„Mag sein, daß allseitiger Verzicht auf monopolistische Experimente letzten Endes allen Beteiligten am meisten frommen würde. Ich leugne keine der Erkenntnisse der wissenschaftlichen Theorie in dieser Richtung. Ich sage nur mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbeamten: „Die Konkurrenz ist vortrefflich, aber tot." Deshalb, freilich nur deshalb, kann unter den gegebenen Umständen das Problem der Arbeitslosigkeit nur in einer — nicht notwendig staatlichen — Planwirtschaft gelöst werden. Von welcher Seite man auch die Sache betrachtet — ich spreche das ganz ohne Begeisterung aus und teile alle wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Bedenken, die man jemals dagegen aufgeführt hat —, stets sieht man nur das eine: das Ende der individualwirtschaftlichen Form der Produktion und des Lebens."

Trotz innerem Widerstreben sieht so der Nationalökonom keinen anderen Ausweg, als die Ersetzung des Individualismus durch den Kollektivismus in der Wirtschaft, aber auch im Leben.

Und diese Stimmen mehren sich. Das Organ des rheinischen Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung", bringt im Handelsteil ihrer Nr. 523 eine Zuschrift, die diesen Gedanken noch viel prägnanter ausspricht. Es wird darin eingehend der Wandel in der kapitalistischen Wirtschaft geschildert, die Entwicklung von rein privatwirtschaftlich organisierten Einzelunternehmungen zu immer umfangreicheren Industriekörperschaften:

„Bei der J. G. Farbenindustrie könnte man sich heute die Privatkapitalisten als Geschäftseigentümer getrost wegdenken, bei der Hapag nicht weniger und bei der AEG. ebenfalls. Die Gesellschaften würden die Betriebsmittel auf andere Weise zur Verfügung gestellt erhalten, sie erhalten müssen, weil ohne sie eine Weiterführung der deutschen Wirtschaft lückenhaft erschiene. Und dieses Bewußtsein der Unentbehrlichkeit, der Unabhängigkeit vom Verdikt der formell souveränen Hauptversammlung schafft den amtierenden Organen der Gesellschaft jene Machtstellung und jene Unbekümmertheit allen Einwendungen der Aktionäre gegenüber, die aber doch nichts anderes ist als die Erkenntnis sich wandelnder Verhältnisse, einer allgemeinen Umgestaltung des Wesens der Träger unserer Wirtschaft.

Es sind die großen Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, deren schrittweise Erfüllung wir gegenwärtig beobachten: Die Loslösung der Produktion vom Kapital. „Entrechtung des Kapitalismus." ...

Hat es Sinn, sich dieser Bewegung entgegenzustellen? Soll man wünschen, daß sie sich nicht durchsetzt, und hat man Mittel, ihren Sieg zu verhindern? Wir möchten auf alle diese Fragen mit einem Nein antworten. Nachdem die Konzentration in der Wirtschaft derart gigantische Ausmaße angenommen hat, daß es von jeder Art Produktionsunternehmen fast nur noch eine Einheit gibt — mag sie sich dabei Trust oder Kartell, oder Syndikat oder Verband nennen —, wird man die Forderung nach einer Leitung, die sich in erster Linie von volkswirtschaftlichen und nicht mehr privatwirtschaftlichen Interessen beeinflussen läßt, unterstützen müssen."

Das ist bereits der Sieg der Idee! Eine außerordentlich bedeutsame Bestätigung dafür, daß die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Wirtschaft gegeben sind, ja daß selbst die subjektive Voraussetzung — die Erkenntnis der Menschen — immer voranschreitet. Ein günstigerer Boden war niemals gegeben, um diese Erkenntnis noch stärker zum Allgemeingut der arbeitenden Menschen werden und zu starkem politischen Willen sich formen zu lassen. Denn nie sind ohne diese Kühnheit und Konzentration des Willens die großen Notwendigkeiten der Geschichte vollzogen worden. Das aber ist die Aufgabe unserer Generation!

Die Wahlen in Südslawien

Ein Spiegelbild innerer Zerrissenheit.

Von Hermann Wendel.

In welch ganz anderem Zeichen zogen vor zweieinhalb Jahren die großen südslawischen Parteien in die Wahlschlacht! Hier marschierten die serbischen Radikalen siegessicher in geschlossener Kolonne hinter dem greisen Paschitsch, dessen langer Bart ihnen wie eine Fahne voranflatterte, und holten sich fast die absolute Mehrheit in der Skupschtina. Dort leitete der Führer der Kroatischen Bauernpartei, Raditsch, aus seiner Gefängniszelle die Operationen seiner Truppen und heftete ebenfalls den Sieg an seine Fahnen. Jetzt ist nach Paschitschs Tod die radikale Partei einem bedenklichen Zersetzungsprozeß anheimgefallen, der sie um ihr nacktes Leben bangen läßt, und da Raditsch kurz nach jenen Wahlen aus einem „Republikaner" ein Monarchist, aus einem Unnachgiebigen ein Opportunist wurde, hängt der Lorbeerkranz, den er sich immer wieder selber bestätigt, schäbig und zerschlissen um seine Stirn.

Wenn ferner 1925 die Stammesgegensätze: Serben wider Kroaten aufeinanderprallten und die Losungen: Hie Zentralismus! Hie Föderalismus! über das Blachfeld hallten, so ritten diesmal nur mehr die selbständigen Demokraten Pribitschewitschs das Steckenpferd der zentralistischen Staatsgestaltung vor; damit gelang es ihnen, zur Not ihren Besitzstand von 23 Mandaten zu behaupten. Als ihre Gegenspieler werbend, der Kroatische Block und die montenegrinische Partei auf; jenem fielen glücklich zwei, dieser ein Parlamentssitz zu. In der Tat, was schiert die Wähler Zentralismus oder Föderalismus, da ihnen seit langem die Wirtschaftskrise höllisch auf den Nägeln brennt; ihre Lösung als Wahlparole hätte die Massen leidenschaftlich gepackt. Aber davon war nur in den Kulissen die Rede; breit über den Vordergrund der Bühne warf ein unheimliches politisches Problem seinen Schatten: die Diktatur!

Nicht mit Unrecht gilt der Ministerpräsident Wukitschewitsch als Handlanger von Kreisen, die entweder ehrlichen Gemüts an die Heilswirkung des Belagerungszustandes bei ökonomischen Krisen glauben oder die es aus anderen Gründen nach dem Ruhm Mussolinis und Primo de Riveras gelüstet, denen auf jeden Fall der in der Verfassung festgelegte Parlamentarismus im Wege ist. Die Abschaffung des Proportionalwahlrechts und die Einführung eines Oberhauses steht zunächst auf ihrem Programm, und um für diese Pläne eine gefügige Mehrheit zu gewinnen, löste Wukitschewitsch die Skupschtina auf. Was ihm vorschwebte, war die „vierte Partei", ein Sammelsurium aus Ueberläufern aller Parlamentsgruppen, das unter dem letzten Obrenowitsch den Wandschirm für das despotische Regime Wladan Djordjewitschs abgab.

Zu diesem Ende war freilich nicht an die Zermürbung mehrerer Parteien zu denken, die in den ehemals habsburgischen Gebieten so unerschütterlich stehen wie der Zentrumsturm in Deutschland. Wirklich verlor Raditsch, trotzdem sein Ansehen täglich fadenscheiniger wird, dank der mangelnden Aufklärung der kroatischen Bauernmassen, von seinen 68 Mandaten nur 8. Die bosnischen Moslems kehrten mit 16 statt mit 15 Abgeordneten wieder, und der christlichsozialen Slowenischen Volkspartei fielen 21 statt 20 Sitze zu. Da die Moslems im Parlament mit den Demokraten, deren Führer Marinkowitsch dem Kabinett angehört, eine Gruppe bilden, und ein vor den Wahlen abgeschlossener Pakt die slowenischen Christlichsozialen zur Teilnahme an der Regierung verpflichtet, darf Wukitschewitsch die Erfolge dieser Parteien bis zu einem gewissen Grade auf der Habenseite seines Hauptbuches eintragen.

Im wesentlichen wurde daher dieser eigentümliche Wahlkampf zwischen den beiden vorwiegend serbischen Parteien, Radikalen und Demokraten, ja, recht eigentlich im Innern der radikalen Partei ausgefochten. In so ziemlich allen Wahlkreisen kandidierten Radikale gegen Radikale, Trabanten Wukitschewitschs gegen Erben Paschitschs, in manchen Bezirken verzeichnete man vier radikale Listen! Der Wahlterror der Regierung, deren Faust diesmal noch schonungsloser als sonst niederfiel, fegte am 11. September die meisten Kandidaten dieser Fronde weg, aber alle Gewalt vermochte nicht zu hindern, daß die Radikalen, rund 30 Mandate verlierend, Haare ließen, und die Demokraten Dawidowitschs, von 36 auf 63 anschwellend, einen großen Erfolg buchten. Da Raditsch wegen politischer Unzurechnungsfähigkeit für keine Koalition in Frage kommt, bilden freilich die 111 Radikalen immer noch den Kern einer Regierung, die mit den Demokraten, Moslems und Christlichsozialen 201 von den 315 Abgeordneten der Skupschtina, vielleicht auch noch die 6 Deutschen und den Ungarn, umfaßte und so eine Zweidrittelmehrheit hinter sich hätte. Die Frage ist nur, inwieweit Dawidowitsch, dem doch ein ehrlich demokratisches Herz in der Brust schlägt, geneigt ist, im Gefolge Wukitschewitschs die Kammer zum Schleppenträger einer unverantwortlichen Kamarilla herabzuwürdigen.

Das ist für die nächste Zeit Südslawiens politisches Problem, auf dessen Lösung die Arbeiterklasse leider ohne jeden Einfluß sein wird. Fielen bei den Wahlen von 1925, als nur die stammeschauvinistischen Parolen zogen, die Klassenparteien glatt unter den Tisch, so zeigte sich diesmal eine kleine Wandlung. Der Landwirteverband verdoppelte seine Mandate von vier auf neun, und auch die Arbeiterstimmen nahmen zu. Aber unheilvolle Zersplitterung wehrte einem halbwegs durchschlagenden Erfolg. Die Sozialdemokraten, deren Presse und Organisation für einen in breiter Front geführten Wahlkampf zu schwach sind, wurden überall von den als Republikanische Arbeiter- und Bauernpartei firmierenden Kommunisten bekämpft, die in Serbien zur Sekte erstarrt sind und in Kroation den wilden Mann des kroatischen Nationalismus spielen. In Belgrad, wo noch eine dritte sozialistische Liste auftauchte, zählten die Sozialdemokraten von 18 742 abgegebenen Stimmen gerade 321, in Agram von 19 520 nicht mehr als 467, in Laibach von 10 101 nur 438 — in den drei wichtigsten Städten des Landes also knapp 1200 sozialdemokratische Wähler! Hatten hier die Kommunisten einigen Vorsprung, so fielen in einer industriell entwickelten, einer wirklichen Arbeiterstadt wie dem steierischen Marburg auf die Sozialdemokraten 1527, auf jene nur 412 Stimmen. Die drei Arbeiterparteien, die sich auch in Steiermark befehdeten, verzeichneten in diesem Wahlkreis, der in seiner sozialen Struktur ganz mitteleuropäisch ist, mit einem Zuwachs von insgesamt mehr als 6000 Stimmen einen schönen Erfolg und hätten, geeint, mühelos drei Mandate erobert. So aber zieht nur der Sozialdemokrat Petejan, der 6515 Stimmen auf seine Liste vereinigte, als einziger Arbeitervertreter in die Skupschtina ein, die seit 1925 „sozialistenrein" war.

Die amerikanische Legion in Frankreich

Paris, Mitte September.

Der 19. September wurde zur Erinnerung an den vor zehn Jahren erfolgten Eintritt der amerikanischen Truppen in die Kampfreihen zum Nationalfeiertag erhoben. Damit aber nicht genug, lud die französische Regierung auch noch die große Vereinigung der amerikanischen ehemaligen Frontkämpfer, die Amerikanische Legion, ein, ihren diesjährigen Kongreß in Frankreich zu halten und ihn am 19. September zu eröffnen.

Das war klärlich keine Friedensaktion, sondern ein Vorstoß der noch immer kriegslustigen Reaktion. So war denn dieser Kongreß mit dem ihm zu Ehren geschaffenen Nationalfeiertag von Beginn an ein Dorn im Auge aller Pazifisten und damit aller ehrlich antireaktionären Elemente in Frankreich.

Seither aber ist der 19. September zu einem direkten Kampfestag zwischen Reaktion und Demokratie, zwischen Kriegsfreunden und Friedenssuchern geworden. Diese Zuspitzung ist eine Folge des Justizmordes an Sacco und Vanzetti.

Die Empörungswelle, die diese Angelegenheit gegen das amerikanische Protzentum hervorgerufen hat, wendete sich hier in Frankreich sehr rasch auch gegen die Amerikanische Legion. Man erfuhr, daß die führenden Männer derselben den Gouverneur Fuller aufgemuntert haben, Sacco und Vanzetti gegenüber hart zu bleiben, daß sie jenseits des Wassers faschistische Tendenzen vertreten und auch hier ihren Kongreß in engster Gemeinschaft mit den allerreaktionärsten Elementen veranstalten. Allerdings ist es wahr, daß die Amerikanische Legion eine Zeit hatte, da sie offen arbeiterfreundlich war, und daß sich auch heute noch unter ihren 700 000 Mitgliedern gar viele Arbeiter befinden. Aber ebenso zweifellos ist es, daß ihre jetzige Leitung stockreaktionär ist, und es ist anzunehmen, daß jene 30 000 Mitglieder, die ihre Teilnahme am hiesigen Kongreß angekündigt haben, nur den reichsten Schichten der Mitglieder entstammen.

Aus allen diesen Gründen war natürlich eine Teilnahme der sozialistischen Partei an den Feierlichkeiten für den Kongreß der Amerikanischen Legion von vornherein ausgeschlossen. Nach dem Fall Sacco-Vanzetti empfand aber naturgemäß die ganze wahre Linke diesen Kongreß als eine Herausforderung und es fehlte auch nicht an Aufforderungen, die Regierung möge alle offiziellen Feierlichkeiten für den 19. September abblasen.

Diese Aufforderungen waren aber für die nun schon ganz offen reaktionäre Regierung Poincaree nur eine Aufmunterung, diese Feierlichkeiten um so mehr zu betreiben und den 19. September geradezu zu einem Stichtag zwischen Rechts und Links zu machen. Die Regierung drohte, jede Gegendemonstration sowie jeden Versuch, die Legionärfeier zu stören, mit rücksichtsloser Gewalt zu unterdrücken. Eine Kostprobe davon bekam man ja schon am 23. August.

Angesichts dieser Umstände beschloß die sozialistische Partei, allen ihren Mitgliedern völlige Nichtbeachtung des ganzen Rummels anzuraten, um nicht den Provokationen der Reaktionäre aufzusitzen, die jetzt im Verein mit der Regierung eine Gelegenheit suchen, um das Proletariat zu provozieren und dann mit gewaltsamen Maßnahmen den Sieg der Reaktion bei den nächsten Wahlen vorzubereiten.

Die Kommunisten aber, im Verein mit dem Organ der Anarchisten, hetzten trotzdem die Arbeiter zu offenem Angriff gegen die Amerikanischen Legionäre. Alle Vernunftsgründe, die gegen dieses Vorgehen vorgebracht wurden, waren vergeblich. Die sozialistische Partei wurde in gewohnter Weise des Verrates bezichtigt. Nun aber — welche Wendung durch Moskaus Fügung, das mit Amerika in Geschäften unterhandelt oder doch auf solche Unterhandlungen hofft — hat auch die Kommunistische Partei zum Rückzug geblasen. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, arrangieren die Kommunisten am 19. September ein großes Demonstrationsfest in der Pariser Vorstadt, während der Umzug der Legionäre in der inneren Stadt vom Place d'Etoile zur Notre-Dame-Kirche, erfolgen wird.

Hoffentlich werden so diesmal die Angriffspläne der Reaktion und der Regierung durchkreuzt werden. Denn eine bessere Plattform für ihren Angriff hätte sich die Reaktion gar nicht wählen können: es geht ja nicht nur um die „Freundschaft mit Amerika“, auf die würden die meisten Franzosen schon verzichten, es geht um das Geschäft, um die dreißigtausend Amerikaner, die zum Kongreß der Legionäre hier erwartet werden und die hier ihre Dollars ausgeben wollen. Mögen sie es ruhig tun. Die Abrechnung mit der Reaktion wird bei den Wahlen erfolgen. D. D.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Freitag, den 23. September 1927, abends 7½ Uhr, findet im Zentralhotel, Zimmer 23, die Generalversammlung statt. Zu derselben werden die beiden Delegierten aller Kulturvereine gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Siemianowitz. Am Mittwoch, den 21. September 1927, abends 8 Uhr, findet bei Herrn Kosdon eine Sitzung sämtlicher Gewerkschafts- und Kulturvereinsvorstände statt. Es wird dringend gebeten, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.

Versammlungskalender

Achtung, Arbeitersänger!

Das Gaukonzert muß bereits am 25. September stattfinden.

Proben für die Gruppenchöre:

Mittwoch: Kattowitz-Königshütte in Kattowitz, Lyzeum.

Donnerstag: Laurahütte-Königshütte in Laurahütte bei Generlich.

Nikolai-Kostuchna in Nikolai bei Ciossek.

Freitag: Bismarckhütte-Schwientochlowitz in Königshütte, Tempelstraße (Paschek).

Generalprobe: Sonntag nachmittags 3 Uhr im Stadttheater.

Königshütte. (D. S. A. P.) Am Freitag, den 23. September, abends 7½ Uhr, findet im Hotel zur Königshütte, Vereinszimmer, die fällige Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Königshütte. (Freidenkerverein.) Am 20. d. Mts., abends 7 Uhr, veranstaltet der Verein zusammen mit dem Gesangverein eine Trauerfeier zu Ehren der in Kürze verstorbenen Genossen Wilk und Meizner im Zentralhotel in Kattowitz. Pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Königshütte. (Achtung, Arbeiter-Sänger!) Am Mittwoch, den 21. September, findet im Volkshaus eine gemischte Mitgliederversammlung statt. „Vorwärts“ und „Edelweiß“ treffen sich um 7½ Uhr abends im Vereinszimmer. Die Wichtigkeit der Tagung erfordert eines jeden Mitgliedes Erscheinen.

Lipine. (Maschinisten und Heizer.) Am Mittwoch, den 21. d. Mts., abends 7 Uhr, findet bei Morawietz unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Alle Kollegen haben zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Das Hungerwunder.

Von der „Heiligen“ Therese von Konnersreuth, deren wunderbare Erscheinungen jetzt so viel von sich reden machen, wird behauptet, daß sie während einer unglaublich langen Periode keine Nahrung zu sich genommen habe. Wie lange freilich, darüber gehen die Angaben der Gläubigen völlig auseinander. Unter angeblicher Kontrolle ist sie nur vierzehn Tage gewesen. Behauptet wird, aber, daß die Hungerzeit sieben Monate oder noch länger bis jetzt betrage und — das ist der Gipfel — ohne daß in dieser Zeit eine Gewichtsabnahme zu verzeichnen sei. Es ist erschütternd, daß selbst ernsthafte Leute dieses Phänomen überhaupt diskutieren. Würde man denselben Leuten erzählen, daß ein Flieger ohne einen Tropfen Benzinverbrauch von Amerika nach Europa gefahren sei, oder daß zwischen Berlin und München ständig eine Lokomotive verkehre, die seit sieben Monaten keine Kohlen mehr eingenommen habe, so würden sie einen mit Recht für irrenhausreif erklären. Aber was bei Flugzeug und Lokomotive unmöglich sei, soll bei dem Konnersreuther Bauernmädchen Ereignis sein. Ein Nervenarzt teilt mir einen Fall mit, der sich in dem von ihm geleiteten Sanatorium vor etlichen Jahren zugetragen hat, und eine hübsche Parallele zu dem „Wunder“ von Konnersreuth bietet. In dem Sanatorium befand sich eine schwer hysterische Dame, die kein Essen anrührte. Nicht etwa, daß sie irgendwie den Entschluß zu hungern angekündigt hätte. Nur hatte sie die Gepflogenheit, wenn bei Tisch die Speisen angeboten wurden, mit leichtem Kopfnicken zu danken. Natürlich fiel das den übrigen Sanatoriumsgästen mit der Zeit auf. Auf ihre besorgten Fragen, ob denn die Dame gar nichts esse, erwiderte diese scheinbar recht verlegen, sie habe keinen Appetit, sie leide an schwerer Appetitlosigkeit, aber sie hoffe, daß sich das durch die Behandlung ändern werde. Als jedoch die Dame eine volle Woche beim Nichtessen beharrte, wuchs die Bestürzung unter den Gästen und sie drangen in den Arzt, doch etwas Energisches gegen die Appetitlosigkeit zu tun. Dieser war der einzige, der sich nicht bestürzt zeigte, sodern ruhig erklärte, wenn die Dame keine Lust habe, solle sie nur das Essen unterlassen. Tatsächlich blieb die Dame mehrere Wochen in dem Sanatorium, ohne je etwas angerührt zu haben, aber auch — ohne daß irgendwelche körperliche Wirkungen dieser Kasteiung sichtbar wurden. Nach ihrer Abreise fand sich die Erklärung: Unter zwei aufgelockerten Dielenbrettern ihres Zimmers lagen haufenweise abgenagte Schinkenknochen, geöffnete Konservenbüchsen und andere sichtbare Zeichen eines guten Appetits. Die Dame hatte aus dem vielen Hysterischen innewohnenden Drang gehandelt, sich um jeden Preis interessant zu machen. Mit der den Hysterischen eigenen Raffiniertheit hatte sie ihre Rolle so gut gespielt, daß ihr niemand diese Absicht anmerkte. Indem sie ihre Eßunlust ganz unauffällig markierte, verließ sie sich mit Erfolg darauf, daß die anderen von selber auf ihr Verhalten aufmerksam würden. Der Arzt war der einzige, der sie durchschaut hatte. Alle anderen hatten die Möglichkeit ganz übersehen, daß die scheinbare Hungerkünstlerin während langer Zeiträume unkontrolliert war und sich in diesen nach Belieben Nahrung zuführen konnte. Mit der „Heiligen“ Therese von Konnersreuth, die zweifellos gleichfalls eine schwere Hysterica und Psychopathin ist, verhält es sich nicht anders. Auch sie behauptete nichts über ihr Fasten, sondern läßt andere die Wundermär verbreiten. Daraus, daß sie vor anderen Menschen nichts ißt, schließt der primitive Verstand ihrer wundergläubigen Umgebung (zumal diese ein Wunder wünscht und will), daß die Therese überhaupt nichts äße. Was die angebliche Kontrolle während vierzehn Tagen wert ist, mag man ermessen, wenn man sich erinnert, daß sogar im verschlossenen und versiegelten Glaskasten sitzende Hungerkünstler trotz ständiger Kontrolle durch das Publikum es verstanden haben, sich heimlich Nahrungsmittel zuzuführen. — Wunderbar ist bei der ganzen Geschichte nur das unendliche Maß von Dummheit der gläubigen Gemüter.

Die Völker der Erde.

Nur drei Völker der Erde zahlenmäßig stärker als das deutsche.

Nur drei Völker des Erdballs, nämlich die Chinesen, Amerikaner und Russen, sind zahlenmäßig stärker als die deutsche Bevölkerung. Die Japaner kommen uns am nächsten. Alle anderen Völker sind Schwächer an Zahl. Außer Japan erreichen nur Frankreich, Italien und England mehr als die Hälfte unserer Einwohnerzahl, Brasilien nahezu die Hälfte. Alle anderen Nationen erreichen nicht einmal die Hälfte. Und doch ist unsere Einwohnerzahl, verglichen mit der gesamten Erdbevölkerung, nicht groß: 63 Millionen von 1900 Millionen oder 3,3 Prozent; d. h. auf 1000 Menschen der Erde kommen 33 Deutsche. Der Rasse nach gehören von 1000 Erdbewohnern 520 zur weißen Rasse, 310 zur gelben und 10 zur schwarzen Rasse; die übrigen sind Rest- und Mischvölker. Auf 100 Deutsche kommen 700 Chinesen, 230 Russen, 180 Amerikaner, 95 Japaner, 70 Engländer, je 65 Franzosen oder Italiener, 49 Brasilianer, 43 Polen, 34 Spanier, 28 Rumänen, 23 Mexikaner, 22 Tschechen, 21 Türken, 19 Jugoslawier, 16 Argentinier, 14 Perser je 12 Ungarn, Holländer oder Belgier, je 11 Oesterreicher oder Kolumbianer, 10 Portugiesen oder Schweden, 9 Peruaner, je 8 Griechen oder Bulgaren, je 6 Finnen, Schweizer oder Chilenen, 5 Dänen, je 4 Norweger oder Venezuelaner je 3 Letten, Litauer oder Bolivianer, 2 Estländer und 1 Albanier.

Die beste Gerberin.

Einer der seltsamsten Posten, den bisher eine Frau innegehabt hat, ist Fräulein Dr. Dorothy Jordan Lloyd aus Birmingham übertragen worden. Sie wurde mit einem sehr großen Gehalt zum Direktor der Untersuchungsstelle der Vereinigung der britischen Lederfabrikanten ernannt, und man erhofft von ihren Versuchen den größten Nutzen für das Gerbengewerbe. Dr. Jordan Lloyd, eine Dreißigerin, die seit der Gründung nach dem Kriege der Untersuchungsstelle angehört, gilt als die beste Kennerin der Gerbungstechniken, die es in England und vielleicht auf der ganzen Welt gibt. Sie hat bereits wichtige Versuche ausgeführt, die das Verfahren außerordentlich verbesserten, und zahlreiche Abhandlungen über diesen Gegenstand verfaßt. Die Lederindustrie verdankt ihr sehr viel, und man erwartet, daß sie auf dem neuen Posten noch mehr leisten wird.

Werbet stets neue Leser für den „Volkswille“!